

Erste Hilfe
nachmitt. mit Apocynum
der Sonne und Heiligkeit.

Wonnensopria
monatlich 60 Pf.
unverfälscht 100 Mk.
präpariert, frei im Haus.
Für die Post 100 Pf.
100 Mk. inkl. Postgeb.

Die Heine Welt!
Entschuldigend durch
die Post nicht
bar, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Nr. 1047.
Wohlfahrt Halle a. S.



Infektionsgebühr
betreffend die im öffentlichen
Bathhaus oder beim Haus
30 Pfennig.
Im öffentlichen Badehaus
nach der Stelle 75 Pfennig.

Inferte
Die die fällige Summe
müssen zahlend die zur-
mündige Zahl 10 Mark in der
Kapitulation aufbringen
sein.

Erhalten in die
Postamtstelle.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreise, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Harz 42/43.

Nicht zurück! Nach vorne!

Die Junker Rebellion! Die Wahlrechtskampft!

„Nicht zurück! Nach vorne!“ — Mit diesen Worten des alten
Krieger schloß der starke Mann der Junkerpartei Herr von
Odenburg's Anrede in der im Jahresversammlung
des konservativen Provinzialparlamentes für Westpreußen, in
der er dem Reichstagspräsidenten die Erklärung der konser-
vativen Presse, die jede Nachgiebigkeit der Junker in der
Frage der Wahlrechtsfrage abschließt. In der geplanten
Veränderung der großen Verfassungen, also auch des großen
Grundgesetzes, sowie in der angestrebten preussischen
Wahlrechtsreform erkennt der freie Arbeiter des ost-
preussischen Kleinbauern die Gefahr für seine Klasse, und
er verlangt kategorisch, daß dieser Klassenkampf bei guter Taune
erhalten werde, weil auf ihm die Stärke der Monarchie ruht.
Werde einmal die Verfassung in Preußen kaiserlich, so sei der
König nicht mehr zu schätzen. Herr v. Odenburg, der
ja schon einmal dem Kaiser und den andern Bundesfürsten den
wohlmeinenden Rat gab, sie sollten sich Sturmabänder an
ihre Kronen anmachen lassen, damit sie ihnen nicht her-
unterfalten, handelt, wie man sieht, durchaus nach den alt-
bewährten Rezepten des kleinen Herrchen, das den Träger
der Krone sofort mit Revolution und Guillotine schreckt, wenn
der Kronzoll um eine halbe Mark erhöht, oder die Steuer der
Großgrundbesitzer um ebensoviele erhöht werden soll. Die
Dankgänger Versammlung, die von den höchsten Spitzen der
provinzialen Behörden befehligt war, bejahte jeden gegen den
Reichstagspräsidenten gerichteten Angriff mit jubelndem Beifall, und
stimmte schließlich dem Vorhange des Reichstags, Grafen
v. Bismarck, zu, diesmal kein Bismarck, sondern ein
König zu senden, weil dieser Ansicht ausgesprochen habe,
die den konservativen Anschauungen widerspreche.

Die Ausführungen, die in der Dankgänger Junkerversammlung
gemacht wurden, entsprechen jenen politischen Ansichten, denen
Herr v. Odenburg in seiner letzten Rede mit beiderseitiger Demut
zu widersprechen sich erlaubt hatte. Der von Herr v. Odenburg
geführte Flügel der konservativen bildet einen Teil jener
Truppen, die gegen den Reichstagspräsidenten im Geheiß stehen;
und den Sozialdemokraten und den oberchristlichen Zentrum sind
sogar in zusammen, die heute bei Hofe einfließen sind
als je, bilden sie eine Macht, vor der ein einzelner Mann wie
der Reichstagspräsident leicht erschrecken kann. Herr v. Odenburg hat
auch mit den Reichstagspräsidenten keinen Streit gesucht, sondern ihnen bei
jeder Gelegenheit seine ununterbrochene grenzenlose Freundschaft
bezeugt. Hat er sich doch nicht geschaut, sich in seiner Rede
am 14. März 1907, in der er sich den Grafen als „agrarischer
Reichstagspräsident“ beehrte, seiner Freundschaft mit dem wilden
Agrarierherrscher zu rühmen — ganz ähnlich, wie er in seiner
letzten Rede den ultra-konservativen Rheinländer ostentativ
seinen Freund nannte. Jetzt hat „Freund Odenburg“ in
öffentlicher Rede versichert, es liegt ihm nicht das mindeste daran,
wenn Freund Bismarck demnach in seine römische Villa
überfiele. Wie waren die Junker von Ansehens und Um-
gebung von Sentimentalität angekränkt!

Zur Unterstützung bei Hofe, zur jüngerlichen Fronde gestellen sich
dem Reichstagspräsidenten parlamentarische Schwierigkeiten. Die
Steuerkommission des Reichstags hat, wie zu erwarten war,
am Donnerstag das Branntweinmonopol abgelehnt und auf
Antrag des Zentrum beschlossen, eine Subkommission einzusetzen,
die mit der Ausarbeitung eines andern Branntwein-
monopols beauftragt werden soll. Neben man, daß außer dem Branntwein-
monopol auch die Nachschlüssel, die Gas- und Elektrizitäts-
steuer und die Anzeigersteuer fast so gut wie erledigt sind,
und daß auch die Tabaksteuer eine Aussicht auf Annahme
hat, sondern vielmehr auch das Tabaksteuergebot in der Kom-
mission von Grund aus neu aufgebaut werden soll, so kann man
die Lage der Finanzreform und mit ihr die des Reichstags-
präsidenten, auch vom parlamentarischen Standpunkte aus gesehen,
lebenswichtig als glänzend betrachten.

So wird mit jedem Tage unsere Auffassung von dem neuem
bestätigt, daß die letzte Rede des Reichstags mit ihrer Umfindung
eines „möglichen“ neuen Sozialistengesetzes weiter
nichts gewesen ist als das Verlegenheitsgeschick eines Minis-
ters, der seinen Untergang kommen sieht und nach neuen Aus-
wegsmitteln sucht, um sein Dasein wieder um ein paar
Wochen zu verlängern. Ja, der Reichstagspräsident selbst befindet
dieser Auffassung, indem er in seiner Presse vernehmen läßt, es
ist ihm gar nicht eingefallen, ein solches neues Sozialistengesetz
anzuführen, vielmehr habe er „das gerade Gegenteil“ sagen
wollen. Sein Vorgehen war diesmal so ungeschickt, daß es
ihm auch von seinen der „Streuzettelung“ die unfreundliche Be-
wertung eingetragen hat, die Gelegenheit, die er genommen
hatte, über die Sozialdemokratie zu reden, sei „wenig geeignet“
gewesen, und die Konservativen wollten darum lieber darauf
nicht eingehen. Sehr wahrscheinlich klingt die Mitteilung des
„Verl. Tagblattes“, bei Hofe wünsche man die Verkündung
einer Paragrafen des Strafgesetzbuchs als Mittel des
Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Der Reichstagspräsident hat
offenbar in unterdrückter Weisheit erkannt, die Rede sein könne, er
von vergleichen wohl höchstens getretenen Sozialdemokraten be-
wollte gerne die gewöhnlich getretenen Sozialdemokraten be-
schaffen, wenn nur erst der richtige Spieß gefunden sei. Bei

Hofe — das weiß Herr v. Odenburg wahrscheinlich noch viel besser
als wir — hat man mangelnde Vorstellungen, die der Wirk-
lichkeit nicht entsprechen, und hegt mangelnde Wünsche, die sich
nicht erfüllen lassen. Da heißt es dann bedauerlich und auf
bessere Zeiten verzichten.

So stellt sich in ihren Hauptzügen die politische Lage dar,
wenige Tage vor dem 23. Januar, an dem

die Wahlrechtsfrage
abermals auf der Tagesordnung des preussischen Abgeordnetens-
hauses stehen wird. Der öffentliche Kampf der preussischen
Arbeiter um ihre Bürgerrechte entbrennt aufs neue und wird
brennend.

am Sonntag, 24. Januar, in großen Massenversammlungen
wieder aufgenommen. Denn der Arbeiterkampf fällt es nicht
im allererstensten ein, sich durch die hohlerstehenden Scham-
maderen des Reichstagspräsidenten einschüchtern zu lassen.
Die preussische Wahlrechtsbewegung ist eine energiegeladene Volks-
bewegung, die Mittel, deren sie sich bedient, sind ebenso ein-
wandfrei gesetzlicher Natur wie das Ziel, das sie verfolgt. Aber

die Freiheit, zu demonstrieren,
die jedes europäische Volk hat, mit Ausnahme des russischen,
diese Freiheit wird sich der preussische Arbeiter in seinem Wahl-
rechtskampf nicht nehmen lassen, und hohle Kraftproben der
Rechner werden ihn nicht einschüchtern. In diesem Sinne
können wir den Kampf der Junker für uns aufnehmen:
„Nicht zurück, sondern nach vorne geh!“

Die Volkstimme im Klassenhaufe.

Unser Genosse Abg. Heermann führte in seiner treffenden
Erläuterung am Mittwoch im preussischen Reichstagshaufe weiter
aus:

Hier in Preußen wurde auch die Grundlagung um
Zolltarif gelegt, welcher die Agrarier um Willkür der
Reichsregierung, und dem Volke neue, schwerere Lasten auferlegte. Ich
glaube, die heutige Gelegenheit benutzen zu sollen, um diese
Geschehnisse einmal in die Beleuchtung zu bringen, wie wir sie
betrachten. Gleich schwer, wie auf den Massen des Volkes, lastet
die Hand des Landtags auf den Kommunen. Die
hundertjährige opfervolle Arbeit der Kommunen hat der König
vor kurzem im Berliner Reichstags anerkannt. Von dieser An-
erkennung ist aber bei der Bureaukratie nichts zu spüren.
Jeder junge Landrat fühlt sich erhaben über den im Amte er-
gauten Kommunalbeamten. Das wäre unmöglich, wenn diese
Damen nicht wüßten, daß von eigenen Reden abgesehen,
genau dieselben Bestimmungen auch bei den Spitzen der Regie-
rung bestehen. (Sehr richtig! h. d. So.) Aber den Kopf der
größten Kommunen wird einer privaten Erwerbsgesellschaft
eine Konzession auf Jahrzehnte gewährt und damit eine mächtige
Waffe gegen die Kommunen in die Hand gegeben. Die
Wähler um die Großstädte herum werden vernichtet, überall
Abneigung, Mißtrauen, Feindschaft und Haß bei der Bureau-
kratie gegen die Selbstverwaltungsträger, in denen sich eine
der Staatsapprobation Feindung gegenläufige Anschauung
durchsetzen kann. Die Kreise sind völlig abhängig von dem
Herrn Landrat. Selbst wenn die Polizei durch diese Kommu-
nalbeamten gehandhabt wird, geschieht es nicht im Auftrage
der Kommunen, sondern des Staates, so daß die Polizei zur
Untergebenen des Landrats wird. Die Liebermatt der Staats-
bureaukratie gegenüber den Selbstverwaltungen hat kein Be-
reiterer, wie der verordnete Finanzminister v. Miquel zu-
gegeben.

Der Herr Reichstagspräsident hat diesen Winter mit gönnerhafter
Miene — von den Verfassungsbestimmungen in der Türkei
gesprochen. In Bezug auf die geheime Wahl und die Bestim-
mung, daß obige Staatsbeamte nicht Mitglieder gegebender
Körperschaften sein dürfen, können wir aber noch viel von der
Türkei lernen. 94 Mitglieder dieses Hauses und 273 Mitglieder
von 484 der Provinziallandtage müßten beim Bestehen einer
solchen Bestimmung ihre Mandate niederlegen. (Sehr richtig!
h. d. So.) — Eine Reform der Wahlrechtsverhältnisse wurde
in einer Thronrede vor acht Jahren als dringend notwendig
betont. Aber irgend welche gesetzlichen Maßnahmen sind dieser
Umfindung der Thronrede nicht gefolgt. Wegen eines Besch-
lusses dieses Jahrhunderts, der einige kleine Maßregeln auf
einige Gebiete vorlag, wurde von den Grundbesitzern auf das
wideste losgezogen. Dem Finanzminister wurde vorgeworfen,
daß er die Grundlagen des Staates erschütterte. (Sehr richtig!
h. d. So.) Herr v. Rheinbaben mußte im Jahre 1902 selbst
zugeben, daß bei dem überwiegenden Einfluß der Grundbesitzer
in den Kommunen sich eine gründliche Wohnungsreform nicht
durchführen lasse. Trotzdem hat die Regierung sie den Ver-
such gemacht, die Zusammenlegung in den Gemeindeverwal-
tungen zu ändern. In einem Entwurf zu einer neuen Städte-
ordnung vom Jahre 1876 hat die preussische Regierung die Not-
wendigkeit des geheimen Wahlrechts für die Kommunalwahlen
sogar erkannt, habe freilich sie es ab. Herr v. Rheinbaben er-
heute heute, er sieht in den Grundbesitzern den erhaltenen und
habile Element. Dabei ist heute der Grundbesitz abseits der
bestimmten Handelsobjekte geworden. (Sehr wahr! h. d. So.)
Wie kommt Herr v. Rheinbaben dazu, die Grundbesitzer, denen
er das schärfste Mißtrauen ausdrücken muß, andererseits als
die Stützen des Staates hinzustellen? Die Antwort ist nicht
schwer. Inzwischen ist die Sozialdemokratie eine Macht ge-
worden und man fürchtet ihr Einbringen auch in die Gemein-
den. (Sehr wahr! h. d. So.) Ehe die Regierung das gibt,
läßt sie die Wohnungsmieter ruhig weiter bestehen. Es gibt
keinen schlagenden Beweis für die Behauptung der voll-
kommenen Abhängigkeit der Regierung von den bestehenden
Klassen. (Sehr gut! h. d. So.)

Auf die Schulverhältnisse in Preußen will ich heute nicht ein-
gehender als sprechen können. Ich will nur erwähnen, daß
wir in Preußen das unsere Minister als das Land der Schule
zu bezeichnen pflegen, nach 8000 Gemeinden ohne Schulen
haben. (Sehr, hört!) Als überläßt gibt bei uns ein Volks-
schullehrer erst, wenn er in den einflüchtigen Schulen 80, in den
mehrfach 100 und in den halbtagsführenden mehr als 120
Schüler zu unterrichten hat. (Sehr, hört!) Mit reichlichster
Energie wird gegen jeden Lehrer vorgegangen, der irgend eine
Spur von Selbständigkeit zeigt. Das beweisen die Maßregeln
der Lehrer. Gesehen hörten wir, daß keine Lehrer oder
Beamten wegen Beibehaltung freiermüßiger Meinungen gemäß-
regelt werden sollen. Die Schulverwaltung hat aber einen
Lehrer sofort aus Brot und Amt entfernt, der nur ein Wort
für einen freimüßigen Kandidaten gesprochen hätte. Als Beis-
mond benutzte man dabei Dinge, wie eine nicht schließende
Lustkappe usw. (Sehr, hört! h. d. So.) Wenn wir es wagen
würden, gegen differierende Stimmen aus den eigenen Reihen
mit so ungläubigen Terrorismus vorzugehen, wie die Schul-
verwaltung gegen ein paar harmlose Lehrer, wie würden Sie
sich über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ ereifern.
(Sehr gut! h. d. So.)

Was die Verhältnisse auf dem Lande betrifft, so wollen die
Klagen über die Leuten nicht verkommen. Gemäß besteht eine
solche Leuten, aber unsere Ansichten gehen auseinander über
die Ursachen dieser Leuten. Sie wird gefördert durch die
fortschreitende Industrialisierung und durch die Behandlung,
welche die Arbeiter auf dem Lande erfahren. Herr v. Odenburg
bekannte neulich, nur aus unferne. Aber die Leuten der Land-
arbeiter entpringe die Leuten, wir wären es, die die Ver-
weirern das Leben auf dem Lande vererbt hätte. Damit hat
er die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Wenn die Leute auf
dem Lande aus uns hören, so nur deshalb, weil wir unsprechen,
was dort jeder fühlt, weil wir die Verhältnisse so schildern, wie
die Leute sie selbst aus eigener trauriger Erfahrung kennen.
Wäre es anders, so hätten wir mit Ungelungen reden und
würden doch keinen Erfolg haben. (Sehr wahr! h. d. So.)
Tausende ziehen vom Lande fort, um ihren Kindern eine bessere
Ausbildung geben zu können. Ein solches Streben werden Sie
durch Zwangsmaßregeln niemals eindämmen können. Die
Stimmen aus ihrem Lager, die das Gleiche sagen, werden sich
häufig. Ich erinnere an die Reaktion des Herrn v. Odenburg
in Kommune, man solle sich nicht einreden, daß die Weg-
zugsbewegung die Arbeiter in die Städte treibe. Geben Sie
die Gemeindeordnung aus, geben Sie den Landarbeitern das
Kollektivrecht, und Sie werden der Landluft weit besser ent-
gegenzutreten, als durch Zwangsmaßregeln und noch so ausge-
tiffelte Kontraktvertragsparagrafen. Die Regierung hat feier-
lich erklärt, das Kollektivrecht könne den Landarbeitern nicht
gewährt werden. Nun, wir kennen eine Menge solcher feier-
licher Erklärungen der Regierung, die durch den Verlauf der
Dinge desavouiert worden sind. Wir haben es so schon seit
unserer jungen Anwesenheit im Hause erlebt, wie sich die maß-
gebenden Parteien solche feierlichen Erklärungen der Regie-
rung annehmen, falls sie ihren Wünschen nicht entsprechen.

Die Herren können sich das leisten, weil sie wissen, daß gegen
ihren Willen nichts in Preußen geschehen kann. Sie halten
das Steuer fest in Händen. Sie gehen in der Vertretung ihrer
materiellen Interessen rücksichtslos gegen die breiten Massen des
Volkes vor und legen ebenso rücksichtslos ihren Willen nach oben
durch. (Richtig! h. d. So.) Alle einflussreichen Stellen im
Staate befinden sich in ihren Händen. Die ganze gefirte
Rede des Herrn v. Odenburg war eine einzige Vertierung, daß er
und die Herren der Rechten, von kleinen Unflimmigkeiten ab-
gesehen, am gleichen Strang ziehen. Die Herren sind
monarchisch bis auf die Knochen, aber nur so lange, wie die
Wünsche und Absichten der Krone sich mit ihren Wünschen und
Absichten decken. Sonst können sie auch ganz anders. (Sehr
wahr! h. d. So.) Wiederholt ist erklärt worden, daß, wenn
diese oder jene Forderung der Grundbesitzer nicht erfüllt
würde, man nicht wissen könne, was noch aus der monarchischen
Trenne der Landwirte werden solle. Sogar eine Abwanderung
aus dem konservativen Lager zu der Sozialdemokratie ist in
Aussicht gestellt worden. (Zurück bei den So.) Es werden
doch nicht aufgenommen! (Beifall.) Der Herr Minister-
präsident hat Sie gestern beinahe kniefällig beschworen. Sie
möchten für die Zukunft solche Kundgebungen unterlassen, da-
mit wir nicht daraus Pfeile für unser Arsenal bekommen. Alle
diese Kundgebungen befechten Sie mit einem Scheinverfö-
der, die so ut des-Politik (ich gebe, damit du gibst) der Konze-
pationen.

Ich erinnere nur an die Wünsche der Reichstagspräsidenten. 1899
erklärte der König, er sei kein unerlässlich erkländlich, daß
auch nach in diesem Jahre der Reichstagspräsident gewalt
„über“ unbetritt durch alle künftigen und Ministerdröhungen
haben die konservativen ihren Willen der Krone und der Regie-
rung angezwungen. (Sehr wahr! h. d. So.) Die damals
genüßte gemäßigten Landräte sind bekanntlich die Treppe
hinaufgegangen. Die Rechte hätte nicht zu dieser Macht kommen
können, wenn ihr von vornherein ein gleich zielbewußtes und

von dem Willen zur Macht erfülltes Bürgerium gegenüber gestanden hätte. Seit Jahrzehnten aber hat das preussische Bürgerium kein Mächtig mehr besessen. (Sehr wohl! b. d. Csg.) Die Wohnung hieselber, sich zu erfüllen mit dem Zug und der milden Energie des Junitertums, hat das Bürgerium nicht befolgt. Es hat Seiten gegeben, wo die Herren der Rechten zu einem Künftigen zusammenzuschmelzen waren, nicht viel größer als vor. Damals hatten die Freisinnigen hier die nachsichtigende Stellung. Aber was sind in der Gesetzgebung und Verwaltung davon die Spuren? (Sehr wohl! b. d. Csg.) Wie auch heute, so hat das Bürgerium damals sich mit schon klügenden Neben begnügt, während die Konservernablen geräuschlos, aber um so intensiver gehandelt haben. Das infolge der industriellen Entwicklung immer mächtiger werdende Proletariat drang das Bürgerium, zwischen der Vertretung der Interessen des Junitertums und des Proletariats zu wühlen und der Klasseninstinkt des Bürgeriums ließ es seinen Augenblick im Zweifel, wohin es sich zu wenden habe. Heute, im Zeichen der Reichspolitik, haben wir eine rein konervative Verfassung. Im ihren Schein von Macht zu bewahren, um das Zentrum nicht wieder zum Einfluss kommen zu lassen, sind die Freisinnigen heute gezwungen, auf die letzten Neigungen der Opposition zu verzichten. Die Nachstellung der Herren von der Rechten nützt in der Vergangenheit. In der Zukunft ruht auf der Macht der Willkür, die bislang nur dahingekommen haben und nicht zum Bewusstsein ihrer Macht gekommen sind. Die Zukunft gehört uns, nicht ihnen. (Lebhafter Bravo! b. d. Csg.)

Politische Uebersicht.

Salle, den 22. Januar 1900.

Gegen die Polizeimilitär!

Im Reichstag fanden am Donnerstag die Interpellationen zur Beratung, die von unserer Fraktion und den Voten ausgehend, sich beim Reichstagskanzler nach der gesagten Paragrafen schlummern, durch die die hohen und niederen Polizeigewaltorgane die schlimmste Tendenz des Verfassungsgesetzes noch weiter verbessern. Eine schier erdrückende Fülle von Material brachte Genosse Frey vor, der als Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes die Praktiken der Landratsämter und des Schutzmanns auf das allergenaueste kennt. Die ruhige Sachlichkeit, mit der Herr Frey sprach, gestaltete die Wucht seiner Anfragen noch wirksamer. Die unglücklichen Fälle, die Genosse Frey vortrug, können wir hier im einzelnen nicht erörtern, wir weisen den Leser auf unsere Zeitung. Im leidenschaftlichen Rede geistigte der Pole Prestki die geschliche und ungeschliche Polemik.

Di Antwort hatte der mackende Wilow seinem anderen Jaf, dem Herrn von Bethmann-Hollweg, überlassen. Herr v. Bethmann ging in dem Eifer, die politischen Angriffe zurückzuweisen, soweit, daß er sogar über die Zerstückelung der Arbeiterbewegung beinahe Tränen vergossen hätte, wenn ihm nicht im letzten Augenblicke eingefallen wäre, daß Wilow keine sozialdemokratische Tendenz auch nur von fern verdächtigen Wesamten sofort herauswerfen will. Zuletzt verließ Herr v. Bethmann ins Sentimentale und sprach so sanft und weidmütig, daß der starke Mann Kröcher in sichlichem Unbehagen seinen umfangreichen Leib auf dem saft zu engen Sitze hin und herwalgte. Das Drama, mit dem die Junter bei den ersten Partien der Bethmannschen Rede sehr freigiebig waren, blieb am Schluß fast aus. Um so begreifbarer waren die Freisinnigen, die ihrem Vorgesetzten in sponsther Fühlschmerzgebetung zujubelten.

Nachdem dann noch der bekannte, sprache Geheimerat Fischer aus Sachsen, man weiß nicht recht in welchem Zusammenhang, den Polizeimittel gegen die Nachzeit aufgehoben hätte, wurde die Beantwortung der Interpellationen, für die in einem Anfall von Schamgefühl auch die Freisinnigen stimmten, auf den folgenden Tag verschoben.

Die konervative Fronte gegen Wilow.

Die „Konferrat. Korr.“ befaßt sich eingehend mit der Rede, die Fürst Wilow am Dienstag im preussischen Landtag gehalten hat. Die Konferrativen sind mit dieser Rede im höchsten Grade unzufrieden. Sie finden, daß es befreudlich war, daß Fürst Wilow auf den Fall Schiding einging, der noch in der Disziplinarratsinstanz schwebt, und daß er den zuständigen Regierungspräsidenten nicht direkt gedacht habe, wie man dies auf konferrativer Seite erwarten durfte. Dem Hinweis des Fürsten Wilow darauf, daß die politischen Beamten unter allen Umständen die Politik der Regierung zu vertreten hätten, antwortet die „Konferrat. Korr.“ mit folgenden Sätzen:

Auch wir und der besondere Hinweis des Ministerpräsidenten auf die Pflicht politischer Beamter zur Unterstützung

der Regierungspolitik inwieweit insofern nicht verhältnißmäßig, als doch wohl eine Neuaufgabe der bekannten Landratsdisziplinarratsinstanz nicht beabsichtigt, auch wohl nicht anzunehmen ist, daß lediglich eine Maßnahme auf die Politik der Regierung in Sachen Nachlässiger oder Zahlrechtsreform hiermit das Wort geredet werden soll.

Dies ist eine offene Trobung an den Fürsten Wilow. Die Konferrativen befrüchten, daß Wilow eine, wenn auch ganz jämmerliche, Zahlrechtsreform einbringen werde und daß sich die Beamten dann verpflichtet fühlen sollen, diese Reform zu unterstützen. Sie finden auch weiter, daß sie bei der Durchführung der Nachlässiger an die Hand gezwängt werden sollen. Deshalb lehnen sie auch den Interdikt zwischen Kaiser und Känger hervor und verdrängen in demselben Atmungs, in dem sie dem Känger Urfehde anlagen, daß sie sich jeberzeit schuldig vor die Person des Königs stellen werden. In dieser letzten Bemerkung liegt eine Anspielung da auf, daß Wilow bei den Reichstagsdebatten die Person des Kaisers nicht genügend gedacht habe. Jedenfalls hat die „Deutsche Tageszeitung“ recht, wenn sie für die nächste Zeit weitere innerpolitische Kämpfe in Aussicht stellt.

Sum geplanten Mandatsraub.

Die Festhaltung des Genossen Feimann in der Dreiklassenstufe, daß nicht nur gegen die sozialdemokratische, sondern gegen die liberalen Mandatsräuber erhoben worden sei, hat auf die freisinnigen Mandatsräuber geradezu niedermettend gewirkt. Die freisinnige Wodpreß bleibt, abgesehen von einigen Verlegenheitsproben, stumm. Der Freisinn ist erstoppt! Das „Berliner Tageblatt“ befrüchtigt übrigens die Möglichkeit der Feimannschen Festhaltung und schreibt:

Von anderer Seite wird noch berichtet, daß Reumant a. D. Wohl in seinem Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Hoffmann tatsächlich auch gegen die Wältigkeit der übrigen 11 Berliner Wahlen protestiert hat. Dieser Protest scheint überhoben worden zu sein. Mit Ausnahme der vier Wahlen im 5., 6., 7. und 12. Kreise sind die übrigen Berliner Wahlen wohl von den Abteilungen, aber noch nicht vom Plenum für gültig erklärt worden. Das Plenum dürfte, da neue Momente vorliegen, deshalb dem Beschluß der Abteilung nicht beitreten, sondern auch die übrigen acht Berliner Wahlen der Wahlprüfungskommission überweisen. Diese Kommission wird naturgemäß zu dem gleichen Beschluß wie bei den Wahlen im 5., 6., 7. und 12. Kreise kommen.

Das bleibt noch sehr abzuwarten, denn vor vom Landtag der Freisinnigen erwartet, der vertritt, daß sie in ihm die Klassen der Freisinnigen die überwältigende Mehrheit haben.

Sozialdemokratie, Arbeiter, Ausnahmengesetze.

Der Finanzminister v. Rheinbaben hat am letzten Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus befrüchten, daß Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokratie als Ausnahmengesetze gegen die Arbeiter beschlossen werden dürfen. Dieser in Schwarzmauer freiten beiseiten Ausrede stehen aber Ausführungen gegenüber, die der Ministerkollege des Finanzministers, der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, am 15. Jan. im Reichstage aus Anlaß der Beratung des Arbeiterausnahmengesetzes gemacht hat. In dieser Rede, die bei den bürgerlichen Parteien fast entzündlichen Beifall fand, sagte der Vizekanzler laut amtlich-chronographischem Protokoll:

Was an der Organisation von Arbeitern gefehlt kann, das geschieht und ist gefehlt von den Gewerkschaften in allen ihren Schätzerungen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

und was alles von einer reinen Arbeitervertretung in ihrer Wirkungsstrecke zum Besten der Arbeiter gesogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt.

(Sehr richtig!)

Kein Gesetzgeber hätte mit der Unlust, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem reichsständlichen Draufgängerium der gewerkschaftlichen Bewegung irgendetwas in Konkurrenz treten können.

(Sehr richtig!)

Für einen Mann, der dazu berufen war, den sozialpolitisch verdrächtigen Grafen Spobanösch zu ersetzen und sich bei den Unternehmern lieb Kind zu machen, ist das immerhin ein fast bemerkenswertes Gedeihnis. Als Regierungsmann, der über den Parteien steht, spricht er von Gewerkschaften aller Schattierungen; er weiß aber sehr gut, daß die organisierte Arbeiterkraft, von geringen Bruchteilen abgesehen, im Lager der Sozialdemokratie steht, und daß man in seinen Kreisen die modernen Gewerkschaften einfach als die sozialdemokra-

tischen Gewerkschaften zu bezeichnen pflegt. Klarer noch als er hat sich kein Vorgänger Graf Spobanösch ausgedrückt, der in einem unbedachten Augenblick von der Sozialdemokratie ganz einfach als von der Interessensvertretung der Arbeiter sprach. Wenn Herr v. Rheinbaben entgegen diesen Urteilen von autorisierter Stelle erklärt, Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokratie seien keine Ausnahmengesetze gegen die Arbeiter, so zeugt das von einer Unwissenheit, die nur noch übertrieben wird durch die Dreifigkeit, mit der der Finanzminister seine Behauptung vortrug.

Deutsches Reich.

Der Württembergische Reichstag. Die Abgeordneten-Deputation der zweiten Kammer empfindet die Annahme des von der ersten Kammer beschlossenen Wahlgesetzes. Der Verzicht vor sämtlichen Mitgliedern der konservativen und nationalliberalen Partei unterzeichneten, so daß an dem Zustandekommen der Weidreitler-Majorität nicht zu zweifeln ist. Am heutigen Freitag findet die Verhandlung im Plenum der zweiten Kammer statt.

Die Kommunalsteuerfreiheit der Beamten. Die Gemeindefiskal-Kommission des Abgeordnetenhauses beschloß die Aufhebung der Kommunalsteuerfreiheit der Beamten, die Beamten, Elementarlehrer und unterer Kassenbediensteter. Sämtliche nach dem 1. April d. J. angestellten Beamten sollen mit 125 Prozent herangezogen werden.

Der Diamantenraub. Der Herr Dernburg angefaßt hat, beginnt schon zu verfliegen. Im Reichstagskolonialamt hat sich eine Deputation von südafrikanischen Diamantbesitzern angemeldet, die Herrn Dernburg eine Reihe von Beschwerden unterbreiten werden. Die Herren finden zunächst den Fall zu hoch, und klagen weiterhin darüber, daß die Diamantbesitzer zum großen Teil in den Händen von Kolonialgesellschaften sind. Inzwischen hat sich ein Diamantensyndikat gebildet, das die „Regulierung der Produktion“ der Diamanten übernehmen will.

Graf Hompeck. Der Senior der Zentrumspartei, Graf Hompeck, ist gestern vormittag im Alter von 82½ Jahren gestorben. Der Verstorbene vertrat im Reichstag die 4. Kreis des Regierungsbezirks Aachen, Jülich. Er wurde in diesem schwarzen Winkel bei den letzten Wahlen mit 22 800 gegen 2600 gemäßigter Stimmen gewählt.

Ein „schlafgeriger“ Abgeordneter. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete, Landrat a. D. Dr. Schindler, war im Wahlkreise Siegen als Redner tätig und geriet dort mit dem christlich-sozialen Agitator Kassenbeut in eine heftige Diskussion. Der Antisemit schleuderte dem nationalliberalen Redner einen steifhaften Auswurf entgegen und dieser nicht faß, sog auf und gab dem Antisemiten eine Ohrfeige, daß er fast zusammenbrach. — Wenn das in einer sozialdemokratischen Versammlung passiert wäre, so würde die ganze bürgerliche Presse wieder Peter und Paulus schreiben über sozialdemokratische Rohheit.

Die Deute gegen die Dänen. Die Hebreren gegen die dänische gefinnete Bevölkerung in Nord-Schleswig werden immer schlimmer. Der Vorhänger des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ hat in der in London abgehaltenen Agitationsversammlung geäußert: „Wir sind deutsch, und geht es nicht anders, so hilft Gott und kaltes Eisen.“ Derlele Wann — er ist Landgerichtsrat in Hensburg — hat nach Wälderemeldungen schon früher in einer Versammlung in Lübeck den Dänen den Krieg bis an das Messer erklärt. Dabei ist dieser Agitator, der als Wälder in seinem Weite gegen den größten Teil der nordschleswigschen Bevölkerung zu Hilfe geht, Richter, der in Straß- und Zivilsachen unparteiisch und ohne Voreingenommenheit Recht sprechen muß.

Bünder-Mohel. Der nationalliberale Vertreter des Wahlkreises Stade, der Abgeordnete Rebe, soll schwer erkrankt sein. Wie die „Germania“ mitgeteilt weiß, ist der Bund der Landwirte bereits in eine Agitation für die Ersatzwahl eingetreten und hat auch bereits einen Kandidaten aufgestellt. Wenn das eine andere Partei machen würde, dann würde Herr Dr. Certeil in seinem Wälderblatt wieder in beweglichen Tönen über die Verrohung politischer Sitten heulmeinen.

Ausland.

Frankreich.

Eine Wendung zum Besseren?

! Zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist, einer Meldung der „Fr. Bl.“ aus Paris zufolge, in der letzten Zeit vereinbart worden, alles zu vermeiden, was die öffentliche Meinung

Kleines Feuilleton.

Menschenverluste in Kriegen und Katastrophen.

Die Verluste an Menschenleben, die durch das Erdbeben in Sibiditalien verurteilt worden sind, werden auf rund 200 000 geschätzt. Genaue Ziffern liegen natürlich noch nicht vor und werden vielleicht auch niemals beschafft werden können, aber alle bisherigen Schätzungen stimmen darin überein, daß die angegebene Ziffer eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Ein solcher Menschenverlust ist seit der Sintflut, wenn man sie historisch nehmen will, nicht dagewesen. An der Zeit haben alle großen Katastrophen, die in der Geschichte im Laufe von etwa 4000 Jahren verzeichnet worden sind, nicht so zerstörend gewirkt wie dieses Erdbeben. Ueber den Ausbruch des Vesuvius im Jahre 79 unserer Zeitrechnung liegen keine bestimmten Angaben vor; da aber die Einwohner der vorliegenden Städte Verfallenen und Pompeii, die durch diesen Ausbruch verurteilt wurden, sich noch archaischen Zeiten künnten, so wird der Menschenverlust der genannten Städte mit den jetzigen Dörfern zusammen nur auf etwa 80 000 geschätzt. Der Ausbruch des Vesuvius im Jahre 1631 zerstörte 20 000, der Ausbruch von 1764 25 000 Menschenleben. Der große Ausbruch des Aetna vom Jahre 1669 zerstörte zwölf Dörfern, darunter Catania, und vernichtete 25 000 Menschenleben. Das Erdbeben in Sibiditalien am 1. November 1785 tötete 60 000 Menschen. Ein Erdbeben im Aetna vom Jahre 1887 vernichtete 80 000 Menschenleben, ein Erdbeben in Japan im Jahr 1703 tötete 150 000 Menschen. Das Erdbeben in Kalabrien vom Jahr 1783 tötete 100 000 Menschenleben. Beim Ausbruch des Aetna vom Jahre 1669 zerstörte August 1688 wurden 40 000 Menschen getötet. Verheerend haben auch die Sturmfluten von 1717 und 1718 meist in tropischen Gegenden gewirkt; man kennt solche in Indien, China und Japan mit zum Teil enormen Menschenverlusten. So sollen in der Sturmflut, die im Oktober 1737 Bengalen verheerte, 180 000 Menschen, beim Wirbelsturm an der Wümdung des Brahmaputra im November 1878 150 000 Menschen ertrunken sein; die letzte große Sturmflut, 1898 in Japan, mit 27 000 Toten, getötet so heißt also dem neuesten Erdbeben in Sibiditalien die traurige Ehre des Rekords in der Menschenvernichtung.

Ziehen wir zur Vergleichung ein paar Seeladaten und Kriege herbei und folgen wir hier einer Zusammenstellung in der „Fr. Bl.“. An der Schlacht bei Austerlitz fielen 154 000 Mann; die Verluste betragen auf beiden Seiten zu-

sammen 38 000 Mann an Toten und Verwunden. Die Schlacht bei Aena weit folgende Ziffern auf: 110 000 Kämpfende und 31 000 Verlust; die Schlacht an der Moskwa: 245 000 Kämpfende und 74 000 Verlust; Leipzig: 471 000 Kämpfende und 107 000 Verlust; Waterloo: 194 000 Kämpfende und 51 000 Verlust; Solferino: 287 000 Kämpfende und 87 000 Verlust; Sedan: 291 000 Kämpfende und 53 000 Verlust; Orléans: 296 000 Kämpfende und 62 000 Verlust; Sedan: 314 000 Kämpfende und 68 000 Verlust; Tiaujanq: 285 000 Kämpfende und 60 000 Verlust. Der deutsch-französische Krieg weit folgende Ziffern auf: Frankreich: 136 000 Mann; davon wurden 80 000 Mann auf den Schlachtfeldern getötet oder starben in Frankreich an ihren Wunden, 56 000 starben in den Gefangenlagern, 10 000 starben in den Gefangenlagern. Das Erdbeben in der deutschen G-angenschaft. Dazu kommen 477 000 Mann, die während des Krieges dienstuntauglich wurden, und zwar 138 000 durch Verwundungen in der Schlacht, 11 400 durch Verletzungen auf den Marschen und 328 000 durch Krankheiten, Entbehrungen usw. Diese Ziffern hat der italienische Statistiker Dobio berechnet. Von den Verlusten auf deutscher Seite mit und das Best der Werten Generalstabes Ausl. Danach wurden auf den Schlachtfeldern 17 255 Mann getötet, in den Ambulanzen starben 21 023 Mann, so daß das deutsche Heer durch den 200 378 Mann einbüßte. Die Franzosen haben also fast 100 000 Mann mehr verloren als die Deutschen. Das Erdbeben in Sibiditalien hat somit mehr Menschen das Leben gekostet als einer der größten Kriege der Weltgeschichte.

Die materiellen Verluste sind für den deutsch-französischen Krieg von General Vime auf folgende Zifferen berechnet worden: Deutschland 1750, Frankreich 12 667 Millionen Franken. Der Verlust Deutschlands wurde bekanntlich durch die Kriegsenstehung von 6000 Millionen gedeckt; der Wert der verlorenen Menschenleben konnte natürlich nicht ersetzt werden. Die durch das Erdbeben in Sibiditalien verurteilten materiellen Verluste sind noch nicht geschätzt und werden sich jedoch nicht abschätzen lassen. Sicher ist, daß sie in die Milliarden gehen, wenn auch nicht so hoch wie der deutsch-französischen Krieg. In diesem Punkte, der Herführung von Werten, sind wir Menschen mit unferem ureigenen Werk, dem Kriege, den Verdrübnissträften der Natur immer noch über.

Freisinniger Männerklub vor Königsbrunn.

Mit den angehenden liberalen und demokratischen Grundrissen des Freisinnigen sind es schon immer schlecht bestellt; sie bieten meist nur als dekoratives Ausschmückung zum Stimm-

menfang bei den Wahlen. Seitdem aber Wilow ihn in Gnad in den glorreichen Tod aufnahm, als regierungsfähig erklärte, und die Eitelkeit der Fühler-Mugan-Wiemer mit einigen Piepmäßen befreidete, hat die politische Kundeneinweisung des Freisinnigen rasche Fortschritte gemacht. Wälder hat es angenommen hat, das beweist neben verschiedenen anderen Erscheinungen der letzten Zeit besonders die Gläubigkeitsabrede, die der Vorstand des Berliner Stabverordneten-Kongressums zum Jahreswechsel an Wilhelm II. richtete: „Aberdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und Herr! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Eure Kaiserliche und Königlich Majestät wollen zum Jahreswechsel unsere aufrichtigen ehrerbietigen Gläubigkeitsabrede entgegennehmen. Wir erneuern hierbei das Gedächtnis unabweisbarer Treue, welches Eurer Majestät persönlich auszusprechen anlässlich der Feier des hundertjährigen Welebens der Städteordnung uns Gelegenheit geboten wurde. Wenn Eure Majestät bei dieser Gelegenheit als Zeichen des Wohlwollens der Kaiserlichen und Königlich Majestät Bildnis zu verleiern gerühren mit den Worten: „Gott segne meine Haupt- und Residenzstadt Berlin“, so sprechen wir als die gewählten, berufenen Vertreter der Berliner Bürgerchaft den ehrerbietigen Dank aus mit dem Wunsch, daß das neue Jahr, in dessen erstem Monat Eure Majestät ein halbes Jahrhundert vollendet, für Eure Majestät wie für die ganze kaiserliche Familie ein vor allem glückliches sein möge. Mögen Eurer Majestät rathloses Streben auf Erhaltung des Friedens für unser Vaterland und auf Beseitigung von Störungen des Weltfriedens (1) von dem bisherigen günstigen Erfolg gekrönt sein. Denn nur dann ist es möglich, daß neben der Ordnung und Würdigung der geistigen Güter unserer Nation Handel und Wandel unseres Vaterlandes, an welchem die Stadt Berlin den lebhaftesten Anteil, wieder zur alten Höhe sich entfaltet. Im Interesse der gesamten Bürgerchaft, namentlich der großen Zahl, deren gelantes Erwerbeseinkommen unter der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage schwere Schätzungen erleiden, geben wir uns der Hoffnung hin, daß Eurer Majestät Segenswunsch für unsere Reichsgeschäft alsbald in Erfüllung gehen möge.

Eurer kaiserlichen und Königlich Majestät treuehohesamfte Stabverordnete von Berlin. (geg.) Wälder.“

alarmieren Wunde. Es sei in diesem Sinne bereits auch auf die Presse eingewirkt worden. Befragt wird diese Mitteilung eine angeblich authentische Information, die das Radiker Blatt „Rundo“ aus Berlin bringt. Danach versicherte Deutschland zum Gunsten der Freiheit des französischen Vorgehens in Marocco auf jede aktive holländische Politik. Die Basis des französisch-deutschen Abkommens bilden wirtschaftliche Zugeständnisse in Marocco an Deutschland. Das auswärtige Amt habe die Presse für den Berührungspunkt gewonnen und die Einstellung der gegenseitigen Politik bestimmt.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Darstellung bewahrheitet! Der unternommene Schritt zu einer gegenseitigen Annäherung und besseren Verständigung zwischen den beiden Nationen ist so vernünftig, — daß man billig bewundern kann, er sei von Deutschland ausgegangen! Niemand würde eine solche Politik, die schon im Interesse des Friedens liegt, mehr begrüßen, als das Protokoll der beiden Länder.

Ernste Studentendemonstration.

Paris, 21. Januar. Während der Studentenunruhen, welche sich gestern abend erneuerten und welche das Eindringen der Polizei notwendig machten, sind ca. 30 Studenten verhaftet worden, 120 Studenten wurden verhaftet. Von den Verhafteten sind vier einbezogen worden.

Rußland.

Der Fall Azev

Die russische Regierung bemerkt; sie weiß nichts von Azev. Die bürgerliche Presse drückt das Vernein ab und stellt sich taub und stumm, und liegt hier Dinge vor, die gerade das Gegenteil interessieren müssen, denn sie beden vor aller Welt das auf, was die russischen revolutionären Parteien längst wissen: die jeder Beschreibung hohnvolle Korruption der über Russland herrschenden Clique. Man nehme die nackte Tatsache: Azev, der Protokoll, war Leiter der terroristischen Organisation, die den Großfürsten Sergius umbrachte; er leitete dieses Attentat. Folglich wußte die politische Polizei, was geschehen sollte, und ließ es geschehen. Ein solcher Schluß scheint zunächst ungläublich und doch ist er nicht abzuweilen. Inzwischen erklärt sich der Widerspruch sehr einfach: jeder Großfürst drohte den Nachhabern gefährlich zu werden; er war zwar einer der schlimmsten Reaktionsäre, aber er umgab sich mit Leuten, die nicht zu der Clique gehörten, die damals am Ruder war, zu der Clique Teropov, Tuzonno und Konfortin. Sergius war das Haupt jener „Großfürsten Partei“, der man nachsah, sie wolle den Schwächling Nikolaus zur Abdankung zwingen, während die Teropov und Konfortin ihren Vorteil darin sahen, diesen Schwächling zu beherrschen. So hand die Clique gegen die Clique und — der Großfürst fiel.

Es ist das schließlich nur eine neue Methode des Kampfes für das Land der Palastrevolutionen. Vor hundert Jahren mußten die Czaroff und Baschen selbst Hand anlegen, um einen Peter III. und Paul zu beseitigen. Heute läßt man einen Azev mit den Händen der Revolutionäre, die an ihre Sache glauben, die Bluttat verrichten. Die Methode ist raffiniert, die Sache ist geblieben. Als Symptom der furchtbaren Korruption, die in den Kreisen herrscht, die Russland beherrschen, eingewirkt ist, ist der Fall Azev zu betrachten. Und gerade deshalb ist er von Bedeutung. Für Deutschland, dessen Revolutionäre um die Verwirklichung jener Vorbildung buhlt, ist er von besonderem Interesse. Weßhalb also verweigert ihn die bürgerliche Presse so hartnäckig?

Oesterreich-Ungarn.

Eine unehrer Stellung.

Brag, 21. Januar. Die tschechische Wähler wissen wollen, soll die Situation des Ministerpräsidenten Baron Bienerich eine kritische sein. Die deutschen Parteien seien entschlossen, denselben zu fügen.

Türkei.

Eine Verschwörung der Reaktion?

London, 21. Januar. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Konstantinopel berichtet seinen Blatte von der Aufdeckung einer Verschwörung. Es handelt sich um eine angeblich weitverzweigte Verschwörung zum Sturz des Parlaments und der Konstitution und Wiedereinführung reaktionärer Verhältnisse in der Türkei.

Indien.

Die Posen.

Kalkutta, 21. Januar. Eine Posenepidemie, die sowohl Eingeborene wie Europäer ergreift, ist hier ausgebrochen.

Parteinachrichten.

Die scharfe Klassenfrenschheit in Süddeutschland. Bei der gestern erfolgten Konstituierung des Reichstages (Stadtvorordnetenversammlung) in Stuttgart wurde durch ein Bündnis aus dem Volkspartei und Nationalliberalen die Sozialdemokratie um den ihr nach der Stärke ihrer Fraktion zuzurechnenden Anspruch auf den Posten des Vorsitzenden gebracht. Der Volksparteiler Dr. Erlanger wurde mit 16 volksparteilichen und nationalliberalen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt, während unter Kandidat, Genosse Dr. Lindemann, mit 12 sozialdemokratischen Stimmen in der Widerarbeit blieb. Darauf verhielten sich die Sozialdemokraten auf jede weitere Teilnahme am Wahlbüro überhaupt, so daß Volkspartei und Nationalliberalen auch den Posten des zweiten Vorsitzenden sowie die beiden Schriftführerposten unter sich verteilten.

Die Parteiorganisationen unter der Krise. Am 17. Januar hielt der Sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Leipzig 2. S. A. B., seine ordentliche Generalversammlung im „Volksbause“ zu Leipzig ab. Es ist erfreulich zu sehen, wie die Organisation trotz des schweren wirtschaftlichen Druckes, der auf all ihren Mitgliedern lastet, doch im allgemeinen ihre Höhe behauptet. Der Verein besteht aus 59 Ortsvereinen. Von 82 derselben ist ein Fortschritt in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Vornehmend ist, daß dieses gerade die kleineren und kleinsten der Ortsvereine sind. In 20 Ortsvereinen ist eine Abnahme zu konstatieren, die besonders in den größeren, in den Industriestädten belegenden, auffällig wird. So hat Leipzig-Öst 216 Mitglieder verloren und Leipzig-Flugdreieck 140. Die männlichen Mitglieder gingen von 29.968 auf 20.574 zurück. Anders ist es bei den weiblichen Mitgliedern, deren Zahl sich ausdauernd im aufsteigenden Sinne bewegt. Von 2044 sind die weiblichen Mitglieder im männlichen um 168 zurückgegangen, liegen die weiblichen um 304. Dadurch konnte der Gesamtmitgliedbestand von 22.502 auf 23.705 gesteigert werden. Auffälliger macht sich die Krise bei der Massenführung bemerkbar. An Mitgliederbeiträgen wurden 24.888 M. abgefordert; das sind 2437 M. weniger als im vorhergehenden Halbjahr. Für den Reichstagswahlfonds wurden 3115 M. aufgebracht. An Agitationsmaterial wurden außer Flugblättern und Broschüren 30.000 Kalender verbreitet, davon 1000 in polnischer Sprache. An die zum Militär gehenden Reservisten wurden ebenfalls aufläuternde Schriften verbreitet. Daß die Behörden die Bewegung nach wie vor mit „unvorkommender“ Aufmerksamkeit behandeln, darf nicht verwunderlich sein, dafür leben wir nun einmal in Sachsen. Die Amtshauptmänner regalisieren die Ortsvereinsbüros mit ihren Konzessionsurkunden und Berechtigungen, unheimlicher um das neue Reichsereignis geht weiter. Den Vorstandsmitgliedern des Ortsvereins Leipzig-Öst wurden je 10 M. Gehalts (— 140 M., da 14 Vorstandsmitglieder in Frage kommen) aufgebracht, weil sie zu einem Sommerfest des Vereins von den Mitgliedern Entree erhoben haben. Eingaben des Hauptvorstandes an Kreisheimatmannschaft und Ministerium wurden aber als unbedeutlich zurückgewiesen, da die Organisation eine derartig große und

loose sein soll, daß sie nicht einen bestimmtem begrenzten Personenkreis umfaßt. Beim Abrechnen des Jahres aber verliert diese Logik das Ministerium. Am Donnerstag berief diese Organisation, deren Mitgliederkreis sich nicht nur auf ganz Deutschland, sondern auch auf Oesterreich erstreckt, eine Versammlung nach Leipzig ein, und diese wurde, trotz der Verbote von Amts- und Kreisheimatmannschaft, vom Ministerium erlaubt. Also es geht auch anders. Bei den Gemeindeverordneten wurden erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Gemeindevertreter beläuft sich auf 170. Hier ist das Sorkium zu verzeichnen, daß die Verschlechterung des Wahlrechts in einzelnen Gemeinden dazu führte, daß wir die Massen der Anfüßigen ererbten und die der Unanfüßigen zum Teil verloren. Aus Neß vor den Sozialdemokraten teilte man die Anfüßigenklassen, so daß unsere Genossen die Majorität in denselben erlangten. In den höheren Unanfüßigenklassen unterlagen wir aber den besser besetzten Beamten, Lehrern, kaufmännischen Angestellten usw., die in Leipzig arbeiten, aber in den Vororten wohnen. Es ist sicher zu erwarten, daß der Verein schon im nächsten halben Jahr die Scharten wieder aufzuheben wird, die ihm unter der Krise beigebracht wurden.

Wenn Sozialdemokraten das Volk beruhigen. Der Stadtverordnete Genosse Kühn in Dresden erhielt ein Strafmandat über 50 M. wegen — Abhalten einer nicht angemeldeten Versammlung. Genosse Kühn hatte die Ansprache, die die Wahlrechtsdemonstranten berührte, auf dem Altmarkt gehalten.

Die Hofgängererei. Als der Genosse Bernerstorffer im österreichischen Reichsrat zum Vizepräsidenten gewählt wurde, berichtigte unsere Parteipresse, daß die „monarchischen“ Parteien in Oesterreich im Gegensatz zu deutschen Gespötsigkeiten mit keinem Wort darauf bestanden haben, daß sich der gewählte Sozialdemokrat verpflichtete, mit zu Gefe zu gehen und vor dem Monarchen seinen Willing zu machen. Wie wir schon gestern unter Neue Nachrichten meldeten, berichten bürgerliche Quellen, daß Bernerstorffer angeblich auf Befehl der sozialdemokratischen Fraktion zu Gefe ging. Heute wird das durch weitere Meldungen bestätigt. Franz Joseph habe sich mit dem Genossen Bernerstorffer über die Tätigkeit der Ausschüsse unterhalten und dabei auf die großen, der Erledigung harrenden Aufgaben verwiesen. Zum Schluß habe er gesagt, er habe sich mirlich sehr gefreut. — Die österreichischen Abgeordneten nahmen bekanntlich auch bei der ersten Eröffnung des Reichsrates an dem Empfang im Schloße teil, um, wie sie erklärten, der Regierung, die das allgemeine Wahlrecht gewollt habe, nicht ein Mißtrauen auszubringen. Jetzt ist die wichtige Aufgabe des Reichsrates, sich seine Geschäftsordnung zu revidieren, um überhaupt erst arbeitsfähig zu werden. Es ist bisher nicht bekannt geworden, ob die Fraktion wegen dieser Frage oder aus anderen Gründen beschlossen hat, der Monarchie durch die Hofgängererei ihre Referenz zu machen.

Gewerkschaftliches.

Verregelung von Grubenbeamten.

Auf Bege „Borussia“ wurden, wie aus Bochum gemeldet wird, sämtliche Steiger entlassen; die Kohlbauer der eben den Steigerdienst. Auf der „Graue“ „Saar und Woil“ in Erlenschach bei Saarbrücken wurde der Direktor Vogelgang entlassen und auf die schwarze Liste gesetzt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Lokales Otto Niebuhr, für Provinzialles und Berlangungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 1. Seiten.

Sonabend — Sonntag
Mo. tag — Dienstag
Mittwoch — Donnerstag
Freitag

7 billige Tage 7
Die letzten Tage unseres **Inventur-Ausverkaufs** bringen noch große Posten zu **erstaunlich billigen Preisen** und wird bis zur **Halbte des Preises** verkauft.

Elkan's Kaufhaus
verausgibt
Allgemeine & Beamten
Consummarken
oder **Marken der**
Rabatt-
Sparvereinigung.
Auf Wunsch 5% in haar.

Stauend billige Damenkonfektion

Damen-Paletots nur Neubeiten Wert 10 bis 30 M. jeht 8 bis 16 M.	Frauen-Paletots schwarz, auch für Wirt. Damen jeht 15 bis 25 M. jeht 10 bis 18 M.	Damen-Umhänge grau, schwarz und hell jeht 7 bis 25 M. jeht 5 bis 14 M.	Kostüm-Röcke hell schwarz, blau und farbig jeht 3 bis 28 M. jeht 1.75 bis 12 M.
---	--	--	--

Große Posten **Kinderkleidchen**, **Damen-Blusen**, **Unterröcke**.
Ein Posten **Seidene Unterröcke** jeht ohne Ausnahme **6.50**.

Grosse Schuhwaren-Angebote

Herren-Zug-Stiefel Ein Posten Paar 7.10 u. 3.90	Kinder-Schuhwaren Ein Posten führer haltbare genog. Dual. 5.95	Damen-Stiefel Ein Posten rot 1.10 6.95
--	--	---

Weshere **1000 Paar = Filzschuhwaren = zu billigen Preisen.**

Damen-Hüte.

Engl. garnierte Hüte Wert 6. 8 M. 75 % jeht 3 M. bis 2	Polgarnierte Hüte Wert bis 12 M. 75 % jeht 6 M. bis 2
---	--

Bettkattun in schönen wuscheligen Mustern **22 %**.
Kleider-Velour schöne Muster **25 %**.
Weiss Piqué kräftige Ware **38 %**.
Weiss Hemdentuch **22 %**.
Möbelkattun helle u. dunkle Farben **38 %**.

ca. 550 Herren- u. Burschen-Anzüge
zu denkbar billigsten Preisen
jeht 28 M. bis **9.75**

Barchent-Unterrock lanquettiert **98 %**.
Rester aller Webarten in Wolle und Baumwolle zu billigsten Preisen.
Linoleum haltbare Qualitäten **70 %**.
Herren-Socken Paar 80 60 **40 %**.

ca. 200 Herren-Paletots
halbhobere Stoffe, beste Verarbeitung
jeht 22 M. bis **9.75**

Schürz- u. Kleid.-Gingham **28 %**.
Herren-Socken Paar 80 60 **40 %**.
Konfirmanten-Kleiderstoffe in schwarz u. farbig **170 140 110 78 55 35 %**.

ca. 300 Herr.-Joppen
aus prima Stoffen
jeht 4.50 7.50 **11.50**

ca. 400 Knab.-Anzüge
in allen Façons
jeht 8.50 bis **2.90**

Normal-Hosen u. Hemden 1.25 **90 %**.
Grau Dreil für Herrenschürzen **70 %**.
Lammfell-Kinderjäckch. weiß rot 1.10 **70 %**.
Gefütterte Damenhandschuh jeht u. lange **85 %**.
Gummi-Gürtel mit schönem Schloß **68 %**.

Ein Posten liegt in der I. Etage aus und zwar Muster-schürzen sowie im Schaufenster ange-schmuckte Schürzen für **Damen u. Mädchen** zu **Spottpreisen**.

H. Elkan
Halle a. S., Leipzigerstrasse 87.

Unterzeuge jeder Art zu **ermäßigten Preisen**
Bolzwaren, Gardinenleisten, Handtuchhalter, Zigarrenschränke, Paneelbreiter, **Teppiche, Tischdecken, Portiären.**

30000

Dosen Konserven

bringen wir in der am

Sonnabend früh

beginnenden Konserven-Woche
zum Verkauf.

Garantie für jede Dose.

Verkauf nach außerhalb prompt.

Musterdosen sind geöffnet.

Gemüse-Konserven

Junge Schnittbohnen	1 1/2 Pfd.-Dose	22 Pf.
Junge Schnittbohnen (in Verb. m. and. Waren)	2 Pfd.-Dose	26 Pf.
Junge Schnittbohnen prima	2 Pfd.-Dose	36 Pf.
Junge Brechbohnen	2 Pfd.-Dose	28 Pf.
Junge Brechbohnen prima	2 Pfd.-Dose	36 Pf.
Junge Wachsbohnen	2 Pfd.-Dose	38 Pf.
Junge Wachsbohnen prima	2 Pfd.-Dose	45 Pf.
Prima Gartenbohnen	2 Pfd.-Dose	58 Pf.
Prima Leipziger Allerlei	2 Pfd.-Dose	62 Pf.
Extra feinstes Leipziger Allerlei	2 Pfd.-Dose	78 Pf.
Junge Erbsen mittelfein	2 Pfd.-Dose	36 Pf.
Junge Erbsen fein	2 Pfd.-Dose	48 Pf.
Junge Erbsen feinste	2 Pfd.-Dose	72 Pf.
Junge Erbsen extrafein	2 Pfd.-Dose	88 Pf.
Junge Erbsen feine	3 Pfd.-Dose	88 Pf.
Junge Erbsen feinste Schoten	2 Pfd.-Dose	95 Pf.

Braunschweiger Spargel.

Suppenspargel stark	Dose	48 Pf.
Schnittspargel mit Köpfen, stark	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Schnittspargel extrafein, mit Köpfen	2 Pfd.-Dose	1 ³⁸
Riesen-Bruchspargel mit Köpfen	2 Pfd.-Dose	1 ⁴⁵
Stangenspargel	2 Pfd.-Dose	88 Pf.
Braunschw. Stangenspargel	2 Pfd.-Dose	1 ¹⁸
Brschw. Stangenspargel II	2 Pfd.-Dose	1 ²⁸
Brschw. Stangenspargel I	2 Pfd.-Dose	1 ³⁸
Prima Stangenspargel extrafein, ca. 16 Stang.	2 Pfd.-Dose	1 ⁵⁸
Riesen-Stangenspargel 12 Stangen	2 Pfd.-Dose	1 ⁷⁸

Früchte-Konserven

Pflaumen	2 Pfd.-Dose	38 Pf.
Pflaumen, prima	2 Pfd.-Dose	48 Pf.
Heldelbeeren	1 Pfd.-Dose	36 Pf.
Heldelbeeren	2 Pfd.-Dose	68 Pf.
Preisselbeeren	2 Pfd.-Dose	68 Pf.
Mirabellen	2 Pfd.-Dose	72 Pf.
Metzer Mirabellen	2 Pfd.-Dose	85 Pf.
Reineclauden	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Birnen	2 Pfd.-Dose	72 Pf.
Kirschen, schwarz	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Kirschen, rot	2 Pfd.-Dose	72 Pf.
Melange-Früchte, prima	1 Pfd.-Dose	48 Pf.
Melange-Früchte, prima	2 Pfd.-Dose	88 Pf.
Aprikosen	2 Pfd.-Dose	98 Pf.
Erdbeeren	1 Pfd.-Dose	62 Pf.
Erdbeeren	2 Pfd.-Dose	1 ¹⁰

Feine Kaiserschoten 2 Pfd.-Dose 1¹⁰

Gemüse-Konserven.

Junge Kohlrabi	2 Pfd.-Dose	28 Pf.
Junge Karotten	2 Pfd.-Dose	38 Pf.
Junger Spinat	2 Pfd.-Dose	38 Pf.

Pfifferlinge 2 Pfd.-Dose 68 Pf.

Preisselbeeren 10 Pfund = Fimer 3²⁵

Fisch-Konserven.

Oelsardinen „Hobal“	Dose	26 Pf.
Oelsardinen „Renez“	Dose	45 Pf.
Oelsardinen „Comteffe“	Dose	52 Pf.
Oelsardinen „Sambert“	Dose	95 Pf.
Oelsardinen „Bellierfrères“	Dose	95 Pf.
Anchovis, feine	Glas	27 Pf.
Russische Sardinen, hochfein	Glas	30 Pf.
Lachs in Dosen	Dose 88	48 Pf.
Hering in Aspik	Dose 88	28 Pf.
Appetitbild	Dose 45	28 Pf.
Anchovis-Paste	Tube	28 Pf.
Sardellenbutter	Tube	28 Pf.
Bismarckheringe	Dose 58	45 Pf.

Alkoholfreier Punsch Flasche 48 Pf.

Kolonialwaren.

Pflaumen	Pfd.	13 Pf.
Weisse Bohnen	Pfd.	12 Pf.
Vikt.-Erbsen	Pfd.	14 Pf.
Grüne Erbsen	Pfd.	13 Pf.
Gebr. Gerste	Pfd.	15 Pf.
Weizenmehl	Pfd.	17 Pf.
Zuckerlinsen	Pfd.	12 Pf.
Zucker, gem.	Pfd.	20 Pf.
Erbswürste	Stück 18	9 Pf.
Margarine	Pfd. 68 58	48 Pf.
Kokosfett	Pfd.	44 Pf.
Macaroni	Paket	16 Pf.
Eiernudeln	Paket	18 Pf.
ff. Molkerelbutter	Stk.	58 Pf.
Mischobst Ia	Pfd.	32 Pf.
Ringäpfel	Pfd.	45 Pf.
Traubenrosinen	Pfd.	75 Pf.
Zuckerhonig	Glas 45	28 Pf.
Bienenhonig	Glas	55 Pf.
Maggis Suppenw.	Pf. 85	10 Pf.
Puddingpulver	10 Pak.	38 Pf.
Puddingpulver	Karton 7	Pf.
Puddingpulv.	Dr. Cettler 3 Pakete	20 Pf.
Vanille-Zucker	3 Pakete	15 Pf.
Rote Grütze	4 Pakete	20 Pf.
Frucht-Geleep.	Paket	18 Pf.

Himbeersyrup Flasche 45 Pf.

Konfitüren.

Kakao garantiert rein	Pfund	78 Pf.
Haushalt-Schokolade garantiert rein	Pack	60 Pf.
Block-Schokolade garantiert rein	Pack	60 Pf.
Prallnees garantiert rein	1/4 Pfund	15 Pf.
Konfekt-Melange	1/4 Pfund	12 Pf.
Schokoladen-Plätzchen	1/4 Pfund	20 Pf.
Riegel-Schokolade	Riegel	15 Pf.
Pfefferminzbruch	1/4 Pfund	7 Pf.
Kokosflocken	1/4 Pfund	9 Pf.
Polnische Mischung	1/4 Pfund	15 Pf.
Gem. Bonbons	1/4 Pfund	7 Pf.
Honigbonbons	1/4 Pfund	10 Pf.
Volkskakes	1/4 Pfund	9 Pf.

Waffelbruch 1/4 Pfund 17 Pf.

Samos Flasche 80 Pf.
Medoc Flasche 78 Pf.

Herrenberger Rot Flasche 88 Pf.
St. Estephe Flasche 98 Pf.

Stachelbeerwein Flasche 58 Pf.
Johannisbeerwein Flasche 58 Pf.

Apfelsinen 10 Stk. 25 35	20 Pf.
Blut-Orang. 10 Stk. 80	45 Pf.
Mandarinen 10 Stk. 70	35 Pf.
Zitronen 10 Stk. 40	30 Pf.

M.BÄR

Frisch ger. Lachs	85 Pf.
Frisch ger. Aale	1 ⁴⁵
Kokosnüsse	Stk. 16 Pf.
Kapern	Glas 85 22 Pf.

Beachten Sie die Schaufenster. Grosse Ulrichstrasse 54. Beachten Sie die Schaufenster.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Grieb. — Druck der Halle'schen Gewerkschafts-Buchdruckerei (G. W. H. S.) Halle 4 1/2.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 19.

Halle a. S., Sonnabend den 23. Januar 1909.

20. Jahrg.

Sonntag den 24. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im grossen Saale des Volksparks, Burgstrasse, eine

öffentl. politische Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

Das preussische Geldsackparlament in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und der Stand der preussischen Wahlrechtsreform.

Die Einwohnerchaft von Halle wird ersucht, sich an dieser Protestversammlung recht zahlreich zu beteiligen. J. A.: Karl Reitwand, Harg 42/43.

Das preussische Geldsackparlament in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie u. der Stand der preussischen Wahlrechtsreform.

Mit heissem Zorn im Herzen hat das Proletariat Preußens die letzten Verhandlungen im preussischen Landtag verfolgt. Das schmähliche Verhalten der auf Grund eines gezielten und vernünftigen Wahlrechts zusammengewinkelten bürgerlichen Mehrheit gegenüber der winzigen Zahl Vertreter der Arbeiterklasse fordert zu schärfstem Protest heraus. Niemand, der auch nur einen Funken Ehrgefühl im Widerstreit des öffentlichen Lebens sich bewahrt, kann sich vor diesem Protest ausschließen und die erbärmlichen Mädeln einer gewissen Sorte von Parlamentariern guthießen. Insbesondere die nichtbestehende Masse der Wähler wird sich zu einer wichtigen Demonstration in

Massen-Versammlungen

aufzurufen, muss beweisen, dass es geschlossen hinter dem Häuflein mutiger sozialdemokratischer Abgeordneter steht, die das Recht des Volkes nicht mit Füßen treten lassen wollen. Deshalb fordern wir die Arbeiterchaft von Halle und Umgebung auf, sich geschlossen an der am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark“ tagenden

Öffentlichen Volksversammlung

zu beteiligen. Niemand darf fehlen.

Auf zum Massenprotest!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 22. Januar 1909.

Der Kampf des Zoologischen Gartens.

Nochmals bedurfte es gestern im Etatsauschuss einer vierstündigen Beratung, ehe es zur Abstimmung über die Budgetvorlage und zur Einbringung der Frage kam, ob bezug unter welchen Bedingungen der Zoologische Garten angekauft werden sollte. Einwendungen wurden namentlich erhoben gegen die Höhe des vom Magistrat vorgeschlagenen Kaufpreises (1.200.000 Mk.) sowie dagegen, dass das Etablissement nach erfolgtem Ankauf der Abzweigung des Zoologischen Gartens auf vierzig Jahre verpachtet werden sollte.

Durch eingehende Erläuterungen wurde zunächst festgestellt, dass die Lage des Unternehmens durchaus nicht unsalbtar ist, dass es sich vielmehr nur um eine augenblickliche finanzielle Klemme handelt, die hervorgerufen ist durch manningfältige Verbindungen und durch vorübergehende ungünstige Verhältnisse. Auch bei sorgfältigster Abschätzung ist der Preis für Grund und Boden nicht überschätzt und die Abzweigung gegen den Ankauf und die unansehnliche Art, wie die kaufmännische Qualifikation des Direktors Brandes betritten wird, vornehmlich von geschäftlich interessierter Seite ausgeht. Die hypothetische Belastung des gesamten Vermögens einschließlich des Vades Wittkind beträgt 908.000 Mark. Diese Hypothek übernimmt die Stadt. Hierzu kommen noch 200.000 Mk. Obligationen, die durch Stadtschuldscheine gedeckt werden würden. Der Verkaufswert, der für die Stadt mit dem Ankauf verbunden ist, beträgt demnach nur 47.000 Mk. Diese Summe erfordern angesichts des geschäftlich interessierten Standes betrachten wird, vornehmlich von geschäftlich interessierter Seite ausgeht. Die hypothetische Belastung des gesamten Vermögens einschließlich des Vades Wittkind beträgt 908.000 Mark. Diese Hypothek übernimmt die Stadt. Hierzu kommen noch 200.000 Mk. Obligationen, die durch Stadtschuldscheine gedeckt werden würden. Der Verkaufswert, der für die Stadt mit dem Ankauf verbunden ist, beträgt demnach nur 47.000 Mk. Diese Summe erfordern angesichts des geschäftlich interessierten Standes betrachten wird, vornehmlich von geschäftlich interessierter Seite ausgeht.

Auf der anderen Seite musste der Ausschuss natürlich im Interesse der Steuerzahler sich die Gewähr verschaffen, dass der Stadt entsprechender Einfluss auf die zukünftige Gestaltung des Unternehmens gesichert wird. Von diesen Gesichtspunkten aus erfordern die Forderung der Gartenverwaltung auf eine vierzigjährige Pachtdauer von vornherein indiskutabel. Nicht eine einzige Stimme erhob sich für diesen Vorschlag. Auch der weitere Antrag, die Pachtdauer auf 25 Jahre festzusetzen, wurde mit 7 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dagegen — 18 für, 16 gegen 2 Stimmen wurde ferner die Bedingung gestellt, dass die

Inhaber der Obligationen sich zu verpflichten haben, an Stelle ihrer auf 4 1/2 Proz. lautenden Guthaben 3 1/2-prozentige Staatsanleihen anzunehmen. Dadurch wird der jährliche Zinsausfluss der Stadt von 12.000 Mk. auf 9500 Mk. verringert. — Einmütig fanden die weiteren Anträge Annahme, dass die Gesellschaft eine sichere Kauktion in Höhe der einjährigen Pachtsumme (280.000 Mk.) zu leisten hat und dass von den neun Stücken im Aufsichtsrat drei den Vertretern der Stadt zugewiesen werden.

Nachdem diese Amendements zur Annahme gelangt waren, wurde die Hauptfrage, ob die Stadt unter den eben festgestellten Bedingungen den Besitz übernehmen solle, mit zwölf gegen sechs Stimmen bejaht. Der nächste Stadtvorordnetenentschluss am Montag soll die Vorlage mit den angegebenen Einschränkungen zur Annahme empfohlen werden.

Es wird sich nun zeigen, ob die Aktionäre und die Obligationäre sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden erklären werden. Wenn es ihnen, wie sie behaupten haben, in der Tat um ideale Ziele zu tun ist, werden sie den Beschlüssen beitreten und damit eine Angelegenheit aus der Welt schaffen, die nun schon seit länger als Jahresfrist schwebt. Dass die Stadt noch weitere Opfer zu bringen bereit sein könnte, darf von vornherein als ausgeschlossen gelten.

Eine neue „liberale“ Gründung.

Der andere Seite, fällt selbst hinein. Die teilweise Berücksichtigung dieses Sprichworts mussten die Gründer und Vertreter des früheren „Neuen Konsumvereins“ in Erfahrung bringen, die gehen vor der Strafkammer wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz unter Anklage stand. Beschuldigt wurden der frühere Vorstand und Aufsichtsrat (insgesamt zehn Personen) der Bilanzverschleierung usw. Als bekanntlich unsere Parteigenossen in dem Verwaltungsrat des großen Allgemeinen Konsumvereins einen gewissen Einfluss erlangten und auf den modernen Ausbau des Vereins hinwirkten, stießen sie bei den Mitgliedern des Kirch-Vereins auf Widerstand. Diese Spannung steigerte sich bei dem Vorstoß, der Errichtung des Zentralorgans und der eigenen Bäder. Unter der Führung eines Sachverständigen wählte man gegen moderne Einrichtungen — das Zentralorgan und die Bäder sind zum Segen des Vereins durchgeführt — und die Folge davon war, dass einige rückständige Mitglieder, darunter auch Stadtmann, aus dem Verein ausgeschlossen wurden. Die Ausgeschlossenen agitierten unter dem Beifall der stilles liberalen Presse für die Gründung eines neuen Konsumvereins und kamen auf die Idee, den Allgemeinen sogen. „sozialdemokratisch“ Konsumverein durch eine neue Gründung „Lust“ zu machen. Der hiesige Konsumvereinsdirektor Professor Schulz hat zu der Zeit ein überiges, um der sozialdemokratischen Einrichtung das Lebensfeld auszubauen und gab unter dem ominösen Titel: „Los von den Konsumvereinen“ eine Broschüre heraus. Der Allgemeine Konsumverein heißt heute mehr wie früher und die neue liberale Richtung, die bei der Pachtzeit sogar mit Schulzland dem in dem Verein, kam mit ihrer Gründung unter die Bäder. Den armen Kaufleuten der Stahlmann und Konferten können wir unser Mitleid nicht verbergen: sie sind die irreführenden Mitglieder, die für einen Pflichtbetrug von 25 Mk. zur Rechenschaft gezogen wurden. Die Hintermänner jener Gründung, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über die Mißwirtschaft in sozialdemokratischen Anstalten“ zitierten, können sich nun schwarz auf weiß überzeugen, wie es in dem von ihnen geschätzten liberalen Konsumvereinen herging. Einige Angeklagte waren schließlich genug, vor Gericht zu erklären, daß der neue Verein gegründet sei, um mit Sozialdemokraten nichts mehr zu tun zu haben.

Mit einem Betriebskapital von 708 Mk. gründeten sie den Verein. Obwohl die Verwalter bei dem Zukunftsstand nur 335 Mitglieder hatten, glaubten sie im ersten Jahre schon zehn Prozent Dividende zahlen zu müssen. Da sie nur fünf Prozent zahlen konnten, begannen sich die Schammeier das übrige und gaben den ärmsten Satz, um mit dem sozialdemokratischen Verein“ konkurrieren zu können. Als sie im dritten Jahre „nur“ neun Prozent zahlten, traten 42 Mitglieder wegen zu niedriger Dividende wieder aus. Im dritten Jahre regnete der Geschäftsführer, Badermeister Henning, gar nur sieben Prozent aus. Da sagten einige Konsumvereinsräte, die im Aufsichtsrat sitzen, zu dem Geschäftsführer: „Das geht nicht, wir müssen mindestens zehn Prozent geben. Sollen Sie heraus, was herauszubekommen ist, rechnen Sie aber im Rahmen des Gesetzes.“ Wo aber hernehmen und nicht stehen? Da nur 208 Mk. zur Verteilung da waren, ging man zu einem Bankrott über, legte sich gegen Verfallende Jahre schon Geld und zahlte damit Dividende aus. Man machte aber noch weitere Dummbitten. Die Abschreibungen erfolgten nicht nach kaufmännischen Grundsätzen. Bei dem Inventar wurden zu niedrige Abschreibungen gemacht. Um die Aktien „zu heben“,

setzten sie bei einer Inventur die Waren nicht zum Verkaufswert, sondern mit dem Verkaufspreis ein. Eine unzureichende Forderung von 1140 Mk. an einen Lagerhalter setzen sie als Abschreibung ein, obwohl der Lagerhalter den Dierabrechnung geteilt hatte. So schaffen sie immer neue Werte und freierten künstlich die Aktien. Ein An geklagter wies darauf hin, daß der neue Verein nach dem Kirch-Vereins der Gewerbetreibenden hätte an gebaut werden sollen. Mehrere Angeklagte entschuldigten sich mit mangelfähiger Schulbildung und bestanden, von kaufmännischen Dingen nichts zu verstehen. Stadtmann erklärte, das Prinzip der neuen Verein zu haben, den Verein nur nach kaufmännischen Grundsätzen leiten zu lassen. Die Richter hätten hätten sich auf den Geschäftsführer und auf den Buchhalter Schaf verlassen müssen. Sie hätten endlich und nach dem Ermessen gehandelt. Der Konkursverwalter legte dar, daß die letzten Waaren einen Erlös von 725 Mk. ergeben hätten. Durch die Haftbarmachung von 325 Genossen zu dem Betrag mit 25 Mk. hätten sich die Aktien um 8775 Mk. erhöhen müssen. Einzelne wären von den Haftpflichtigen aber nur rund 6000 Mk. Die Aktien bezifferten sich auf etwa 8300 Mk. Die Forderungen bis jetzt auf 11.000 Mk. Die Gläubiger werden schließlich 50 bis 55 Prozent erhalten. Der als Sachverständiger vernommene Rechnungsrat meinte, die ersten Bilanzänderungen gestimmt. Er habe den Angeklagten bei der ersten Prüfung auch gefagt, der Verein könne sich halten, wenn er sich nicht auf die Bahn der Dividendenjäger drängen ließe. Bekanntlich wurde die Dividendenjäger im Allgemeinen Konsumverein stets bestraft. Die Sachverständigen legen noch dar, daß die Angeklagten auch gegen § 40 des Handelsgesetzbuchs gefagt hätten; sie hätten wertlose Forderungen in die Bilanz gefagt usw.

Der Staatsanwalt meinte, die Forderungen der Angeklagten erforderten einen Vorbehalt, weil sie bald nach der Gründung ihres Vereins vor die Dividendenjäger gemant worden sind. Sie glaubten aber, ihr Verein liege auf, wenn er nicht ebenbürtig Dividende, wie der Konkurrenzverein zahlte. Beirrat wurden gegen sämtliche Angeklagte Geldstrafen von 100 bis 50 Mk. betrag. Die Verteidiger haben zu berücksichtigen, daß die Angeklagten als nicht gewandte Geschäftsmänner bona fide gehandelt haben und sie ein Opfer ihrer Genossenschaftswärme geworden seien. Die Begüterung und den Idealsinn, mit dem sie ihre Sache vertraten, sollte man anerkennen. Das Gericht hat die Angeklagten der Bilanzverschleierung schuldig und verurteilt den Geschäftsführer zu 50 Mark, vier Angeklagte zu je 30 Mark und fünf Angeklagte zu je 15 Mk. Geldstrafe.

Eine Beschimpfung der Arbeiter

leitet sich ein Händlerorgan, der „Materialist“, anlässlich einer vorgeschlagenen Veränderung des Gesetzes über Schuldverhältnisse. Das Gesetz setzt als Grenze des unpfändbaren Gehalts 1500 Mk. fest, d. h. also, bei einem Einkommen bis zu 1500 Mk. kann der Lohn, abgesehen von Steuerentlastungen u. dergl., von sonstigen Gläubigern nicht in Anspruch genommen und gepfändet werden. Die Grenze von 1500 Mk. ist sehr niedrig, deshalb betreffen sich schon seit Langem verschiedene Privatbeamtenvereine, besonders der Deutsche Bankbeamtenverein, eine Überhebung der Grenze zu erzielen. Die Regierung hat sich infolgedessen veranlagt gesehen, bei maßgebenden Stellen eine Kundfrage zu veranlassen. Der von der Regierung angefragte Bund der Industriellen hat auf die ergangene Anfrage hin erklärt, daß diese Grenze nicht nur bei den Privatbeamten, sondern auch bei den Arbeitern höher gesetzt werden müsse. Dieser Bund aber die Kleinrentner sehr exakt und in dem Kleinrentnerfolgt „Der Materialist“ wird gegen die Arbeiterchaft folgende Gemeinheit losgelassen: „In diesem Falle (d. h. also bei Überhebung der Grenze des unpfändbaren Gehalts) wird zweifellos auch die Verlesung in den Reihen der Arbeiter wachen, Waren auf Kredit zu kaufen und sie nicht zu bezahlen.“ Es ist hiermit gefagt, daß bei einer Überhebung des unpfändbaren Gehalts für die Arbeiter geradezu ein Aussporn, die Kleinrentner zu betriegen, geschaffen würde. Das Händlerblatt, das diese Zeitung vorbrachte hat, getreu manchem auch gegen die Konsumvereine, weil sie mit den Kräften ihres wirtschaftlichen Gegners, in einer der Situation angepaßten Weise verfahren. Und nun hört man den „Kon“, dessen man sich selbst bedient. Öffentlich schließen sich die Arbeiter immer mehr den Konsumvereinen an, dann wird die Überhebung der Grenze des unpfändbaren Gehalts die Kleinrentner richtig schlafen lassen.

* Tagesordnung für die Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung, Montag, 25. Januar 1909, nachmittags 4 Uhr. Öffentliche Sitzung, 1. Ankauf des Zoologischen Gartens, 2. Aufhebung des alten und Begründung der neuen Bestimmungen über Erhebung des Schulgeldes an den städtischen Schulen, 3. Ver-

Der Geistliche behauptet aber, daß Belastungen nach Überstimmung des Gehalts zu ihm übersteigert. Nur die Dauer des Mietvertrages ist der bisherige Gehaltsinhaber von mir als Geschäftsführer eingekauft." Nach dieser Behandlung räumte Belastung ein, daß er dann allerdings dem Kläger bis zum 1. April 1910 weiter inaktivität müßte. Er erklärte sich daher bereit, ihn in dem verletzten Gehalt wieder als Geschäftsführer unterzubringen. Bei diesem Anerkennen war aber Kläger nicht einverstanden. Er wies in dem Gehalt bereits eine Gehaltsfortführung; er werde daher dort nur in ein untergeordnetes Verhältnis treten; während sie das bisher von ihm gezogene Gehalt eines leitenden Mannes seien, das andere hingegen sei von ganz gewöhnlichen, niedrigen Löhne. Auf entsprechende Referenzen für die Zukunft müßte er dort verzichten. Belastung erbot sich, den Kläger in ein feines auswärtiges Zweiggeschäft zu versetzen. Auch dieser Vorschlag beugte dem Kläger wenig. Das Urteil des Gerichts erging dahin, daß Belastung verpflichtet sei, den Kläger noch bis 1. April 1910 in der vereinbarten Stellung als Geschäftsführer zu belassen, da eine einseitige Lösung des Mietvertrages Belastungen nicht aus dem Vertrag von dem Diensthaltende befreit. Auf eine Entscheidung über Art und Ort der Weiterbeschäftigung ließ sich das Gericht nicht ein. Diese Streitpunkte müßten erst am Oberricht der zweiten Instanz gemacht werden. Der Vorsitzende wies den Kläger darauf hin, daß er in einem Geschäft von einigermaßen gleicher Art noch die bisherige Stellung beibehalten müßte. Anweilhaft sei das jedoch in dem Falle, wenn das andere Geschäft wirklich so sehr verschiedenen Grades sei, als er behauptete.

Stadtverordnetenversammlung in Zeitz

am 19. Januar. Anwesend 24 Stadtverordnete und sechs Magistratsmitglieder. — Es erfolgte zuerst Einführung der unvollständigen Stadträte Schöne und Renz, dann gab der stellvertretende Vorsitzende den üblichen Lebenslauf über die Sitzungen und Verhandlungen usw. der Stadtverordneten im Jahre 1908. Die Summe der Strafgebühren für nicht einschuldige Personen betrug 18 Mk. Bei der Neuwahl des Bureau wurde gemäß der Stadtverordneten Gelehrer als Vorsteher, Rahr als Stellvertreter und Hingst als Schriftführer. Die Kommissionen bleiben dieselben wie bisher, nur treten an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Renz neue Bezeichnungen ein, wobei Stadtrat Leopold in die Servis- und Quartierkommission kommt. Wie die ausgeschiedenen resp. verstorbenen Stadtr. finden Ersatzwahlen statt. Die dritte Abteilung ist dabei nicht beteiligt.

Nach der Annahme der Stellung des verstorbenen Vorstehers von 1500 Mk. von deren Hinfürnfrühe Kinder Wächtern und Pensionierten Bescheid zu lassen. Die Entlohnungen usw. Abrechnungen usw. Rechnungen von Antiquararbeiten usw. dabei bringt auch Stadtrat Leopold wiederum zur Sprache, daß man einige der Arbeiten noch vornehmen solle, damit die Arbeitslosen Beschäftigung erhalten. Am letzten Sonntag habe das Kartell wiederum festgestellt, daß 270 ganz Arbeitslose vorhanden sind. Vom Oberbürgermeister wird Förderung der Arbeit nach Möglichkeit angefragt.

Dann folgt Besprechung weiterer Kosten für die Regulierungsarbeiten auf dem Volksparkgrundstück. Der Magistrat verlangt hier Bewilligung von 600 Mk. da die Arbeiten zum Teil als Notarbeiten verrichtet werden. Stadtrat Leopold erklärt, daß mit 500 Mark doch gar nichts zu machen sei in Anbetracht der Zahl der Arbeitslosen, man solle doch gleich eine höhere Summe bewilligen. Dann lobt er, daß bei den Arbeiten nur 2000 bis 3000 Stunden geschätzt wurden, das macht bei 12 Stunden 1800 Mk. von denen noch 200 bis 300 für Beiträge zu Klassen usw. abgehen. Davon kann niemand eine Familie ernähren. Man solle auch hier höhere Löhne zahlen. Weiter bringt Wehner zur Sprache, daß die Glaserarbeiten für das Rathaus nach Leipzig vergeben sind, während man hier die Glaser nicht bezahlt habe. Es ist eine Anzahl Gehaltsfragen Glaser vorhanden, die Beschäftigung verlangen. Man habe ja nun angefragt, daß die Arbeiten für die Mittelstufe gemacht werden sollen, aber man hätte auch die Notarbeiten hier machen sollen. Oberbürgermeister Arnold erwidert, daß zuerst 500 Mk. verlangt worden sind, der Magistrat würde aber noch mit Nachforderungen kommen. So sollen neben den Regulierungsarbeiten noch andere Arbeiten in die Hand genommen werden, es sollen Steine gelassen werden usw. Es wird also für Arbeit gesorgt werden, doch hoffe man, daß mit der milden Witterung auch das Bauen wieder beginnt, wie das ja auch schon in einigen Fällen gesehen sei. 200 bis 300 habe man festgestellt, weil in den Nacharbeitungen das ebenfalls gesahlt würde, man würde auch auf 200 bis 300 gehen. Mehr könne man nicht zahlen, denn der jetzige Gehalt kann immer nur als ein Aufschlag auf der niedrigen wirtschaftlichen Lage angesehen sein. Auf die Glaserarbeiten werde er zum Schluß eingehen.

Stadtrat Perlich führt an, daß ihm berichtet sei, daß ein und derselbe Arbeiter 28, 28 u. 20 Wfg. Lohn abwechselnd erhalten habe, es müßte doch eine Einheitslohn eintreten. Stadtrat Wolf geht weiter auf die niedrigen Löhne ein. Mit 20 Wfg.

ohne niemand auszuweisen, und man kann uns auch gar nicht daran zu setzen, ob andere Städte weniger zahlen. Ueberall, bei den Beamten usw. sei angefragt worden, weil alle Lebensmittelpreise im Preise gestiegen sind, also solle man auch hier höher gehen, er beantragt zum mindesten 30 Wfg. zu zahlen. Stadtrat Perlich — der Herr ist Herr — meint, daß auf dem Grunde noch weniger geschah, müßte doch man dort 2-3 Wfg. erhalte, wenn dabei allerdings auch noch eine Wohnung sei. Stadtrat Wolf erwidert ihm, daß diese Leute immer noch besser kämen, da sie Pachtland usw. haben, ihr Schwerm schänken usw. Und wenn es auf dem Grunde kämte, so solle man doch die höchsten Verhältnisse nicht danach beurteilen. Aus der Versammlung nahm dann niemand weiter das Wort, die 600 Mk. werden bewilligt.

Für die Herstellung einer Schmelztransportbahn im Schlauchlocher werden 1045,50 Mk. bewilligt und für Anschaffung von Robiliar in der oberen Kinderbewahranstalt 300 Mk.

Es folgt Besprechung des Dienstverhältnisses für den Hauswart des Rathauses und des Polier-Gehaltens. Bewilligung der Kosten für die Reinigung der Rathausräume. Der Hauswart soll für die Reinigung jetzt drei Frauen und später, wenn das alte Rathaus fertig ist, fünf Frauen einstellen, die täglich je 7 Stunden zu arbeiten haben. Dafür sollen sie täglich 1 Mk. erhalten, nämlich also 220 Mk. Stadtrat Leopold führt auch hier an, daß 15 Wfg. pro Stunde gar kein Lohn sei, man müsse doch bedenken, daß mindestens die Frau davon eine Familie ernähren müßte. Dazu sei die Arbeit auch eine schwere, man solle also wenigstens 25 Wfg. pro Stunde zahlen. Oberbürgermeister Arnold erkennt an, daß die Frauen das Wasser von unten heranzuführen haben, er werde aber dafür sorgen, daß auch oben ein Wasserrohr, ein Wasserlauf, das mit man auch oben reines Wasser habe. Die Wässer aber seien vom Hauswart zu angeben und man könne nicht höher gehen. Es richte sich alles nach Angebot und Nachfrage, steigen die Löhne, so werde man auch mehr zahlen.

Stadtrat Leopold erwidert, diesen Grundfall solle man bei der Stadt nicht aufstellen, sie müße in Bezug auf Löhne den Arbeitenden vorbildlich vorgehen. Schließlich hier für bei der Hilfe der Arbeiterkräfte auch Leute zu noch geringeren Preisen an, nur um sich durchzuschlagen. Oberbürgermeister Arnold hält aber den Schritt, den Leopold vorschlägt, als einen Schritt auf einer abschüssigen Bahn. Die Fortsetzung wird nach Magistratsrat bewilligt.

Die Umfassung der höheren Mädchenkurse nach dem Antrag des Magistrats ist schon in der letzten Sitzung beschlossen worden. Schlimm abgelehnt wurde, nachdem der Oberbürgermeister wiederholt dazu gesprochen und einmütig Stadträte ordnete ihre Meinung dazu an, es sei eine weitere Debatte verfallen, da eine Vorrichtung der Stadträte ordnet am Montag beschloß, in eine Debatte darüber nicht einzutreten.

Der Magistrat verlangt für die durch das Erdbeben in Sibyllen Betroffenen 500 Mk. als Beihilfe. Stadtrat Leopold erklärt sich gegen die Beihilfe. Er meint, zuerst solle man im eigenen Orte die Leidenden helfen, die man auswärts hilft. Er behauptet jedoch die durch das Unheil Betroffenen, ebenfalls acht aber die Unterstützung dorthin von anderen Seiten sehr reichlich ein. Der Magistratsrat wird dann mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung kommt nun die Glaser-Anglegenheit zur Sprache. Der Oberbürgermeister und der Decernent Stadtrat Perlich stellen fest, daß die hiesigen Glaser 20 Proz. über den Anschlag hinausgegangen waren. Da nun von Leipzig Anerbietungen zu dem Anschlag vorliegen, wurden die Glaser um Ermäßigung ihrer Forderungen ersucht. Diese wollten dann 10 Prozent heruntersetzen und hat darauf der Decernent als Beihilfe Stadtrat Leopold betont, daß er sich nicht gegen die Forderungen in Prozent megen, die Vereinbarung sei jedoch abgelehnt, daß die Glaser auf ein weiteres Erhöhen ihrer Forderungen nicht einmütig wollten. Zu dem Schreiben der Glaser-Gesellen betreffs Arbeit, bemerkt der Oberbürgermeister noch, daß der Magistrat es ablehnen müßte, für Arbeit zu sorgen, falls in einigen Provinzen des Randwerks Störungen usw. einträte. Stadtrat Leopold betont, daß er sich nicht gegen die Forderungen in Prozent megen, die Vereinbarung, denn zuerst habe es ausgefallen, als ob der Magistrat nicht mit den Gläsern verhandelt habe. Er könne ja nicht prüfen, ob die Forderungen der Glasermeister zu hoch oder zu niedrig gewesen seien, ebenfalls hätten auch diese alles tun müssen, um die Arbeit hier zu behalten. In Leipzig würden andere noch höhere Löhne gezahlt wie hier. Was aber den Grundpunkt des Oberbürgermeisters anbetrifft, so sehe man heute schon in vielen Magistraten ein, daß die Städte in Fällen der Arbeitslosigkeit einmütig eintraten. Stellenweise habe sogar der Magistrat Beihilfe bewilligt für die Zahlungen der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften. Der Oberbürgermeister erwidert, daß er nur von Arbeitslosigkeit in einem besonderen Gewerbe gesprochen habe, im übrigen sei er mit Leopold einig.

Eine Eingabe eines verunfallten Laternenwärters Böhm wird dem Magistrat überreicht. Schluß 7 1/2 Uhr.

Volkswirtschaftliches.

Kapitalistische Entwicklung in Ostpreußen.

Das Organ des Verbandes ostpreussischer Industrieller „Ostpreussische Industrie“ stellt in seiner letzten Nummer folgende bedeutsamen Zahlen zur Entwicklung der ostpreussischen Industrie mit: Daß die Industrie der Provinzen Ostpreußen und Posen sich trotz der großen Schwierigkeiten und Hindernisse, mit denen sie zu kämpfen hat, und trotz gewisser Rückschläge stets weiter entwickelt, ist eine unaußersprechliche Tatsache. Nicht deutlich tritt diese Erscheinung bei einem Vergleich der Ergebnisse der drei letzten Veranschlagungen von 1882 bis 1907, die Zahl der in der ostpreussischen Industrie Beschäftigten Personen ergibt. Folgende Beispiele, die die den höchsten amtlichen Feststellungen entnehmen, beweisen dies zur Genüge. Es folgt die Zahl der in Betracht kommenden Personen:

- in der Industrie der Steine und Erden von 13 582 auf 28 660,
- in der Metallverarbeitung von 23 385 auf 31 618,
- in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate von 19 718 auf 41 301,
- in der chemischen Industrie von 1979 auf 3835,
- in der Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Firnisse von 1841 auf 3 595,
- in der Papierindustrie von 2012 (im Jahre 1895) auf 5511,
- in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe von 28 319 auf 49 482,
- in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel von 58 174 auf 80 643,
- im Baugewerbe von 33 665 auf 101 283,
- in den polgraphischen Gewerben von 2219 auf 6445.

Die größte Zunahme gewahren wir im Baugewerbe; doch können wir es, obwohl es zahlreiche Großbetriebe zählt, nicht zur eigenen Industrie rechnen. In der hier hat also hauptsächlich die Industrie der Steine und Erden, die die Verarbeitung der Maschinenindustrie, zu welcher auch der Schiffbau gehört, die Holzindustrie und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel zu rechnen. Eine Ausnahme hat nur in der Gruppe Bergbau usw. und vor allem in der Zerkleinerungsindustrie stattgefunden. Diese sind früher in den ostpreussischen Provinzen eine große Menge von Kleinbetrieben auf, so gab es im Osten zahlreich Streigewinn- und Wolfspinnereien, Strumpfwirkerien, Garnfäbriken und Webereien vor allem viele Webereien. Diese Betriebe sind jedoch fast alle eingegangen, weil sie gegen die Großindustrie, wie sie in anderen Gegenden Deutschlands entstanden ist, nicht aufkommen konnten.

Millionengewinn ohne Arbeit.

Die Erben des Schöneberger Millioneners Johann Gehwald haben ein Grundstück, das 1900 nur 834 000 Mk. gekostet hatte, für 4 Millionen an die Berlinische Bodenbesitzgesellschaft verkauft. Sie haben also ohne jede Arbeit mehr als 3 Millionen verdient! Wohlgeht die Arbeit oder in der Gemeinde steigerte den Wert! Anstatt daß dieser Wert nun unberührt der Allgemeinheit wieder zuziele, kämpfen die Kapitalisten sogar gegen eine Bescheidung der Besteuerung des unerdienten Wertzuwachses.

Verfallungsberichte.

Socialdemokratischer Verein Deuben. Die Versammlung am 30. Januar war lebhaft besucht. Die Abrechnung vom zweiten Quartal zeigte eine Einnahme von 114,15 Mark, eine Ausgabe von 59,40 Mark und 54,60 Mark Bestand. Zur Regelung der Sanftfrage wurde eine Lokalkommission gewählt. Unter Vorsitz des Vorsitzenden führten die Expedienten Beschwärde gegen die Expedition, weil sie die Zeitungen lesien. (14 L.) O. K.

Hohenlohe Hafermehl

ist die einzig richtige Kindernahrung, wo Muttermilch fehlt. Es verhindert Erbrechen und Durchfall und hat sich bei englischer Krankheit vorzüglich bewährt.

Tanz-Schuhe

Reichhaltigste Auswahl in eleganten Formen, reizenden Neuheiten u. allen Preislagen. Feinste Genres, hochaparte Dessins, in prima Kalbled, weiß Glace- und Bronze-Leder, mit und ohne Sticker.

Für Kostümfeste u. Maskenbälle besonders geeignet:

Damen-Tanzschuhe, aus gutem Satin, in diversen Farben	1 1/2	Damen-Spangenschuhe, weiß Leder, extra preiswürdig	2 7/8
Damen-Tanzschuhe, in Satin, mit hübscher Schleife	1 1/2	Damen-Spangenschuhe, weiß Leder, solide Ausführ.	3 1/2
Damen-Tanzschuhe, aus farbigem Atlas	2 1/2	Damen-Spangenschuhe, 2 Spang., weiß Leder	4 1/2
Damen-Spangenschuhe, in Satin, mit verzerrt. Spange	1 1/2	Herren-Tanzschuhe, in Satin	2 7/8

Beachten Sie bitte die Auslagen in unseren Schaufenstern.

Carl Tack & Cie.

Ball- u. Gesellschaftstiefel in geschmackt. Fassons u. neuer. Ausführungen

Verkaufsgeschäft Halle: nur Schmeerstrasse 1.

Voransprecher Nr. 240.

Nur beste Anerkennungen

finden infolge ihrer
vorzüglichen Heizkraft
und billigen Preise meine

Briketts frei Geleass pro Zentner **65 Pf.**
Briketts ab Lager pro Zentner **58 Pf.**

Walter Zrolle, Canenauerweg 1.
Fernsprecher 1439.

Letterwagen (Handarbeit)
von 2-10 Benner Tragkraft
kauft man am besten bei
M. Bär, Gr. Ulrich-
straße 14.
David's Nährzwieback,
Ärztliche und Ernährungslehre
empfehlen, weil leicht ver-
daulich, sehr wohlschmeckend und
unbegrenzt haltbar. **Handlert,
Johannes David,** Gr. Ulrich-
str. 1.
W. Selbstgeback. Pflaumenmus
Kb. 30 Pf.
Röhensaft 15 Pf.
Dr. Syrup 18 Pf.
Weisser Syrup 18 Pf.
empfehlen
A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31.
Mitglied des Rabattvereins.

Der
Ausstoss
von
Germania-Bock
beginnt
heute!

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“
Zahlstelle Halle a. S.
Sonntag, den 24. Januar 1909, vormittags 11 Uhr im Saale
der „Werkburs“, Datz 51

Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Abrechnung.
3. Berichtswesen.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Die örtliche Verwaltung.

Delitzsch.
Montag d. 23. Januar cr. ab 9 1/2 Uhr im „Lindendorf“
große öffentliche

Tabakarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Berichtserstattung vom Kongress zu
Berlin. 2. Die zeitliche Lage der Tabakarbeiter.
Referent wird in der Versammlung beauftragt.
Ein zahlreiches Erscheinen wünscht **Der Einberufer.**

Achtung! Verband der Bergarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Zeitz.
Sonntag den 24. Januar nachmittags 5 Uhr, im hinteren Saale
des Genossen Kämpfe, Schützenstraße Nr. 8
nach der **Demonstrations-Versammlung**
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Geschäftliches und
Berichtswesen. — Alle Kameraden werden ersucht, erit in der
Demonstrations- nachher in der Mitglieder-Versammlung zu er-
scheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Konsumverein Halle-Kröllwitz.
G. u. m. d. P.
Sonabend, den 30. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr im Krug z. grünen Kranze
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Geschäftliches und
Berichtswesen. — Alle Kameraden werden ersucht, erit in der
Demonstrations- nachher in der Mitglieder-Versammlung zu er-
scheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Neu! Neu!
Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung
vom Dezember 1908.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S.,
Datz 42/43.

Die Mitgliedsbücher
der Mitglieder der Zu-
schußtasse für Zeitz
sünnen **Sonnabend**
abgeholt werden.
Der Vorstand.

Zeitz, St. Stephan, Zeitz.
Sonabend, Sonntag u. Montag
d. 23., 24. u. 25. Jan. 1909.
Bockbier-Fest.
Sonntag, von früh 11 Uhr
bis nachm. 4 Uhr:
Gr. Bandonion-Konzert
v. Bandonion-Ver. Zeitz.
Nach dem Konzert: **BALL.**
Es ladet freundlichst ein
K. Gutzjahr.

Unterschwödtz.
Zu Bockbier
Sonabend d. 23. und
Sonntag d. 24. Januar
ladet freundlichst ein
H. Stehfest.
Bachthofen.
Freie Plannkuchen.

Zum Reichskanzler,
Zeitz, Weberstraße.
Sonts Freitag,
Sonabend u. Sonntag
11. Bockbier.
Sonntag
gr. carnev. Narrenabend
mit Unterhaltung.
Freundl. ladet ein **O. Födisch.**

Gasthof Lüdenuu
Kleinschmaus m. Maskenball
Mittwoch, den 27. Januar
Öffentlicher Freitanz.
NB.: Beide Tage ff. Plannkuchen.

Abbruch
Leipzigerstrasse, Ecke
Gr. Märkerstr. (S. Weiss)
sind Fenster, Türen, Bretter,
Kuhholz, Sparren und Balken,
Brennholz in Fässern und
Sörben, alles zur Abfuhr bereit.
billsig zu verkaufen.
Sodasfeiner dr. fäher Sommer-
reifen laden eingetroffen bei
Bernh. Lallsch, Schmeichelftr. 11.

Inventur-
Ausverkauf.
Das gesamte Lager, bestehend in fertigen
Herren- u. Knaben-Garderoben
als: Winter-Paletots, Winter-Joppen,
Jackett- und Rockanzüge, Pelerinen,
Burschen- u. Knaben-Anzüge, einzelne
Hosen, Jacketts und Westen, sowie
= sämtliche Arbeitergarderoben =
werden bis zu **25 % billiger** ausverkauft bei
Markt, Gustav Reinsch Markt,
im gegenüber
Hofen d. Kirch-
Turm. Apotheke.

Konsum-Verein Teuchern.
Eingetr. Gen. mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 31. Januar 1909, nachmittags 2. Uhr im Gasthof
zum grünen Baum in Teuchern
ordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand des Geschäfts und Errichtung einer
Zweigsstelle.
2. Entbindung dreier Aufsichtsratsmitglieder von ihren Posten.
3. Entlohnung von drei Aufsichtsratsmitgliedern nach § 15 u. 16
des Statuts.
4. Anträge der Mitglieder.
Anträge der Mitglieder müssen frühestens 5 Tage vor der
General-Versammlung schriftlich in Händen des Aufsichtsrates sein.
Teuchern, den 19. Januar 1909.
E. Scheller, Vorsitzender.

„Lindenhof“, Halle-Kröllwitz.
Sonntag, den 24. Januar
grosser Volks-Maskenball.
Prämierung der 4 schönsten Damen- u. Herrenmasken.
Eintritt 30 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Sitzung findet erobacht ein **Otto Marktfros.**
Sparten sind im „Lindendorf“ sowie im Barbier-
geschäft von Herrn Schloebck zu haben.

Erster Weissensefeler Athleten-Klub.
Wir beehren uns, am unterem am Sonntag den
24. Januar im „Volkshaus“ stattfindenden
Winter-Vergnügen
verbunden mit
Varieté-Vorstellung und Ball (unbeschränkt)
Freunde und Gönner des Sports höflichst einzuladen.
Von 3 1/2 Uhr an BALL. Beginn der Vorstellung präzise 7 Uhr.
Zum Schluss
der Veranstaltung: **Griechisch-römische Ringkämpfe.**
Programme sind im Vorverkauf à 25 Pf. bei
sämtlichen Mitgliedern und Volks-Buchhandlung
(Oskar Schmidt) zu haben; an der Kasse 30 Pf. **Der Vorstand.**

10000 Proben à 60 Gramm schwer, werden in
Halle a. S. gegen die letzte Zeitungs-
auskunft gratis ausgegeben.
Tafelkönigin
1 Pfund 95 Pfg.
Vollständig garantiert reiner, milder Geschmack,
eignet sich nur zum Essen.
Albert Knäusel, Jägerstr. 62 (Rabatt-Verein)
Rund-Schweiz-Sett hochfein à 3 Pfd. 62 Pf.

Zur Anschaffung empfohlen:
Anklärungs-Schriften
über das Christentum.
Was Jesus Gott, Mensch
oder Uebermensch? Von
Dr. Eugen Volkmann. — Preis
10 Pf.
Was sind die Schriften wirklich
Christentum? Von Dr. Eugen
Volkmann. — Preis 15 Pf.
Das wahre Christentum als
Freund von Kunst u. Wissen-
schaft. Von Dr. Eugen Volkmann
— Preis 15 Pf.
Was haben die Armen dem
Christentum zu verdanken?
Von Dr. Eugen Volkmann. —
Preis 20 Pf.
Nieder mit dem Sozialdemo-
kratismus. — Preis 10 Pf.
Christentum und Sozialis-
mus. Neue Ausgabe mit einem
neuen Vorwort vom Mai 1901
von A. Debel. — Preis 10 Pf.,
Porto 3 Pf.
Die wahre Gestalt des Christen-
tums. Uebersetzt und mit
Vorwort versehen von A. Debel.
Preis 10 Pf.
Glossen zur wahren Gestalt
des Christentums. Von
A. Debel. — Preis 30 Pf.
Sozialdemokratie und Gen-
tium. Von A. Debel. —
Preis 20 Pf.
Die Religion der Sozialdemo-
kratie. Von J. Dreyer.
6. Aufl. — Preis 25 Pf.
Wider Gottes- und Bibel-
glauben. Von A. Dönni.
— Preis 30 Pf.
Su haben in der
Volksbuchhandlung,
Datz 42/43.

Sozialdemokratischer Verein
für Halle und den Saalkreis.
Zu der Nacht vom Mittwoch
zum Donnerstag verhielt in
der Vereinsstube nach langem,
fröhlichem Veden unter Mit-
wirkung des Schriftführers
Franz Nagel
im 38. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Januar, vormit-
tags 11 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Nordfried-
hofs aus statt.
Die Genossen werden ersucht,
sich recht zahlreich am Begräb-
nis zu beteiligen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
Schmiedeberg.
Lobes-Blattzeige.
Am Donnerstag, 4. 10 Uhr
in der Halleischen Klinik nach
früherem Verbleiben unter
auswärtiger Aufsicht
Otto Riemchen
Eure feinem Anbenden!
Die Orts-Verwaltung.
Die Zeit d. Beerdigung müssen
wir besond. bekannt geben.

Arb.-Radfahrerverein
„Fahr Wohl“,
Schmiedeberg
Am Donnerstag 4. 10 Uhr ver-
schieben der städt. Halle unier
sowenverreiter Sportgenosse
Otto Riemchen.
Eure feinem Anbenden!
Die Beerdigung machen wir be-
sonders bekannt. **Der Vorstand**

Bockbier

Ausstoss ab 27. Jan. 1909

empfehlen:

C. Bauer, Hermann Freyberg, Friedr. Günther, Hallesche Aktien-Bierbrauerei,
 Wilh. Rauchfuss' Brauereien A.-G., Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co.,
 Freiherrl. von Sternburg'sche Brauerei, Lützschena.



Radfahrerverein Stern Halle a.S.

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Freiheit“).

Sonntag den 24. Januar von nachm. 4 Uhr ab im grossen Saale des „Volksparks“

grosser Kappen-Ball

verb. m. Reigenfahrten u. sonst. Ueberraschungen; um 10 Uhr gr. Schneeballschlacht.
 Ohne Karte kein Zutritt. Das Komitee.

Zeitz. Zeitz.

Am Sonntag, den 24. Januar, nachm. 2 Uhr in der „Wilhelmshöhe“
 und in der „Bürgererholung“

öffentliche

Protestversammlungen.

Tagesordnung:

1. Die Gewerbeordnungsnovelle und die Invalidenversicherung vor dem Reichstage.
 2. Das Dreiklassenwahlrecht und die Rechtlosmachung des Proletariats im preussischen Landtag.
- Referenten sind die Genossen Gerhardt und Windau.
 Zu diesen Versammlungen müssen alle Arbeiter u. alle Arbeiterinnen kommen.
 Entree pro Person 10 Pf.

Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Bitterfeld. Bitterfeld.

Sonabend, den 23. Januar 8 1/2 Uhr, im Restaur. Hohenzollern

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung. Ref.: Frau M. Wackwitz-Dresden.
 Ganz besonders sind zu dieser Versammlung die Frauen eingeladen.
 Der Einberufer.

Achtung! Bandonion-Klub „Fidelio“.

Sonntag den 24. Januar im Restaurant Neu-Zrotha Trothaerstr. 2

Gr. Preis-Maskenball.

Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen.

Bergisdorf.

Zum Kleinichman mit Ball

am Sonntag den 24. Januar ladet freundlichst ein
 Max Freyer.

Steinert's Restaurant, Zeitz.

Sonabend u. Sonntag d. 23. u. 24. Januar

großes Bockbierfest

m. musik. Unterhaltung.
 Es ladet ganz ergebenst ein
 H. Steinert.

Metallarbeiter

Sonabend den 23. Januar abends 8 1/2 Uhr
 in „Köpfchens Restaurant“

Versammlung

der Schmiede, Kesselschmiede und deren Hilfsarbeiter.
 Tagesordnung: 1. Bericht und Renewal des Branchen-Verreters. 2. Die jetzige Lage in den hiesigen Kesselfabriken. 3. Verbands-Angelegenheiten.
 Kollegen! Erhebt Mann für Mann!
 Das Verbandsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

Sonabend den 23. Januar abends 8 Uhr
 im „Burgschloßchen“ bei Annendorf

Tanz-Vergnügen.

Die Kollegen von Annendorf und Umgebung sind recht ihren werthen Angehörigen hiermit freundlichst eingeladen.
 Anfang 8 Uhr abends. Ende 4 Uhr morgens.
 Die Verbandsleitung.

Sozialdemokr. Verein, Streckau.

Sonntag, d. 24. Jan., abds. 8 Uhr im Gasthaus „Altkauf“

Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Religion und Sozialdemokratie. Referent: Gen. Windau-Seip. 2. Die Gemeindefürsorge und Berichtigungs-Verfahren.
 Um zahlreiches Erscheinen der Genossen u. Genossinnen bittet
 Der Vorstand.

Arbeiter-Turnverein Zipsendorf.

Sonntag den 24. Januar nachm. 4 Uhr h. Saunack
 Weihnachtsvergnügen mit Christbaum-Verlosung.

Die organisierte Arbeiterschaft sowie Freunde und Gönner der freien Turnsache sind herzlich willkommen. Der Turarät.

Motto: Erwerben macht es nicht allein,
 Mühs'ige Beeren auch verdienen,
 Und für's alles leiten ein,
 Wenn alles gut soll gehen.

Haushaltungsbücher

für alle Tage des Jahres,
 für jede Familie und einzelne Personen passend.
 Preis 60 Pf. und 1 Mk.
 Zu beziehen durch
 Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Stadt-Theater

in Saale a. S.
 Direction: Hofrat W. Richards.
 Sonabend den 23. Januar 1909:
 Nachmittags 8 Uhr:
 Kiefler-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Wilhelm Tell

Schauspiel in 5 Akten
 von Friedrich von Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr.

126. Abonn.-Vorst. 2. Viertel.

Mignon.

Oper in 3 Akten
 von Ambroise Thomas.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Sonntag den 24. Januar 1909:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 17. Weihnachts-Kinder-Vorstell.
 zu kleinen Preisen.

Sonntag den 24. Januar 1909:
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung.

Frau Holle

oder:
 „Goldmarie und Wehmarie“.
 Weihnachts-Ausstattungs-Tomböle
 in 7 Bildern nach dem gleichnamigen Märchen v. B. Anthon.

Abends 7 1/2 Uhr:
 127. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.

Der Niegende Holländer.

Romanische Oper in 3 Akten
 von Richard Wagner.

Apollo-Theater.

Direction: Gustav Voller.
 Gastspiel der kaiserlich-chines. Hofkünstler-Truppe
 Lijen-Chalsan.

Sonntag den 24. Januar in Europa!
 und die übrigen gr. Kräfte.

Blauer Stern Theissen.

Sonntag den 24. Januar Natfinden
 Der Niegende Holländer
 Kränzen

des Athleten-Klubs „Kraft des IV“, wozu mit Speisen und Getränken beifügt sind
 Emil Boettcher.

20 Prozent Extra-Rabatt.

Ein Posten zurückgesetzte und durch Brand ein klein wenig defekt gewordene

Galanterie- und Lederwaren zu verkaufen.

Gr. Ulrichstr. 58.

R. Loeb

Gr. Ulrichstr. 58.

Verlag und für die Inzerate verantwortlich: August Zsch. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. S. m. b. H.) Halle a. S.